

# Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Wilhelm Sauter, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Sablan, Magdeburg. Verlag von Hermann E. Scharbaum, Magdeburg. Druck von Franz Bethe, Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobstraße 49. Redaktion: Dreibeinweg 89-90, 2 Treppen. Fernsprecher 1587.

Pränumerando jährlicher Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Frangobrief) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Preis band in Deutschland monatlich 1 Exemplar 1.70 Mk., 2 Exemplare 2.80 Mk. In der Expedition und den Buchhandlungen vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Buchhändlern 2.50 Mk. Einzelne Nummern (einschl. der Romanbeilage, sowie der Sonntagsbeilage Die Neue Welt) 10 Pf. Anzeigengebühr die kleinste Zeile 15 Pf. Post-Remittenz Nr. 7928

Nr. 63.

Magdeburg, Freitag, den 16. März 1900.

II. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

## Die Kompromißmaschine zum Heinzgesetz

funktioniert vortrefflich. Mittwoch sind der Vermietungsparagraphen gegen die Prostituierten und der Arbeitgeberparagraphen ganz im Sinne der Dunkelmänner erledigt worden. Ersterer wurde angenommen, letzterer abgelehnt.

Unser M.-Korrespondent berichtet uns über die Sitzung wie folgt:

### Deutscher Reichstag.

167. Sitzung. Mittwoch, 14. März 1900, 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Nieberding. Die dritte Lesung der lex Heinze wird bei der Spezialberatung fortgesetzt.

Die §§ 180 und 181 b werden zusammen beraten. Sie lauten nach den Beschlüssen der Kommission:

§ 180. Wer gewohnheitsmäßig oder aus Eigennutz durch seine Vermittlung oder durch Gewährung oder Verschaffung von Gelegenheit der Unzucht Vorschub leistet, wird wegen Kuppelei mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft; auch kann zugleich auf Geldstrafe von 150 bis zu 6000 Mark, auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, sowie auf Zulässigkeit von Polizeiaufsicht erkannt werden. Sind mitwirkende Umstände vorhanden, so kann die Gefängnisstrafe bis auf einen Tag ermäßigt werden.

§ 181 b. Die Vorschriften des § 180 finden keine Anwendung auf die Vermietung von Wohnungen an Frauenspersonen, welche gewerbsmäßig Unzucht treiben, sofern damit nicht eine Ausbeutung des unsittlichen Erwerbes der Mieterin verbunden ist.

Nach den Kompromißanträgen der Rechten und des Centrums soll § 181 gestrichen werden.

Die Abgg. Beck-Coburg und Gen. (freif. Rp.) wollen statt des § 181 b den § 180 folgenden zweiten Absatz hinzufügen: „Die Vermietung von Wohnungen an Frauenspersonen, welche gewerbsmäßig Unzucht treiben, ist nicht als Vorschubleistung anzusehen, sofern damit nicht eine Ausbeutung des unsittlichen Erwerbes der Mieterin verbunden ist.“

Nach Antrag Albrecht und Gen. (Soz.) endlich soll dem § 181 b folgender Absatz hinzugefügt werden: „Die Polizei ist nicht berechtigt, anzuordnen, daß Personen, welche gewerbsmäßig Unzucht treiben, nur in bestimmten Stadtteilen, Straßen, Wohnhäusern oder Wohnungen Wohnung nehmen. Ebenso wenig ist die Polizei berechtigt, zu verbieten, daß Personen, welche gewerbsmäßig Unzucht treiben, in bestimmten Stadtteilen, Straßen, Wohnhäusern oder Wohnungen Wohnung nehmen.“

Abg. Beck-Coburg (freif. Rp.): Es ist unbestritten, daß die Prostitution durch Zwangsmaßnahmen nicht aus der Welt geschafft werden kann. Darin wissen Sie auch den Dienen Gelegenheit geben zu wohnen. Eine Folge davon, daß Sie den Prostituierten das Einzelwohnen verbieten, wird die sein, daß viel mehr Mädchen aus Familien verführt werden. Auch wird es Personen, die in Fremdenhäusern wohnen, schwer werden, wieder auf den richtigen Weg zu kommen. Schalten Sie den § 181 b aufrecht, seine Aufhebung würde ein Klassen Gesetz gegen die untere Bevölkerung.

Abg. Dr. Hüffel (Rp.) bittet um Annahme des Kompromißantrages.

Staatssekretär Nieberding: Die Regierung legt den größten Wert auf die Aufrechterhaltung dieses Paragraphen. Dagegen ist ihr der Antrag Albrecht unannehmbar. Nach unsern gesetzlichen Bestimmungen ist jeder Vermieter, der eine Prostituierte gegen Entgelt bei sich wohnen läßt, sofern er nur weiß oder annehmen muß, daß die Person in den vermieteten Räumen Unzucht treiben will, der Kuppelei schuldig und strafbar. Danach müßte die Polizei tausende von Vermietern, die gegenwärtig an Prostituierte vermieten, vor den Strafrichter stellen. Dieser Zustand darf nicht aufrecht erhalten werden. § 181 b soll ihn aus der Welt schaffen. Von der Befugnis, die Prostitution auf einzelne Straßen zu beschränken, macht die Polizei schon jetzt Gebrauch. Auch die Kasernierung ist bereits vorhanden. Herr Bebel meinte, die Kasernierung sei nur ein Schritt zur Einführung der Bordelle. Zur Errichtung eines Bordells gehören Ausbeutung und Verkauf von geistigen Getränken, und der Inhaber des Bordells kann dann die Konzession verlieren. Ich bitte Sie, es bei den Beschlüssen der zweiten Lesung zu belassen.

Abg. Dr. Andemann (natl.): Auch wir erkennen den § 181 b als notwendig an. Die Kasernierung und Lokalisierung fürchte ich nicht, Gerade dadurch kann der Gefahr der Verführung des Volkes durch Sphylis am besten vorgebeugt werden.

Abg. Noeren (Centr.): Daß die Dirnen durch die Streichung des Paragraphen auf die Strafe gesetzt werden, glaube ich nicht. Die Klausel von der Ausbeutung ist bedeutungslos, da sich der Beweis derselben schwer führen lassen wird. Ich bitte Sie, den Paragraphen abzulehnen. (Bravo! im Centrum.)

Gescheinrat v. Lenthe erwidert dem Vorredner, daß eine Einschränkung von Winkelbordellen nach der Gewerbeordnung unmöglich sei.

Abg. Stadthagen (Soz.): Die Herren vom Centrum müssen seit 1892 eine Wendung gemacht haben, denn sonst müßten sie für unseren Zufall stimmen. Dieser unser Antrag ist nur der Thatsache entsprungen, daß der Vertreter der verbündeten Regierungen im Gegensatz zu der Auffassung des Reichsgerichts und der Auffassung der Juristen der verschiedenen Parteien erklärt hat, die Polizei sei heute schon berechtigt, den Prostituierten bestimmte Straßen anzuweisen. Die Begriffsbestimmung, die heute der Herr Staatssekretär vom Bordell gegeben hat, steht im schreiendsten Widerspruch zu allen Bordell-Ordnungen und auch zu den Bestimmungen des Landrechts. Das Centrum scheint ungehalten zu sein und sich auf einen mittelalterlichen Standpunkt stellen zu wollen. Der Herr Staatssekretär hat sich in Widerspruch gesetzt zu den ältesten Begriffen über Bordelle. (Zuruf rechts.) Ja, meine Herren, hat nicht Herr Stöcker gestern zur Begründung seiner Stellung angeführt, er habe 40 arme Mädchen morgens um 4 Uhr getroffen? Hätte er sie gefragt nach der Ursache ihres Elends, so würde er erfahren haben, wie viel Schuld auf sie selbst und wie viel auf die fällt, die der Arbeiterbewegung auf alle Weise entgegengetreten. Was hat denn Herr Stöcker, was hat der Mann der inneren Mission für

diese armen Geschöpfe gethan? Maßregeln, die die Quelle des Elends verstopfen können, lehnen Sie ab, dagegen treten Sie für Bordelle ein. Bordelle sind nach Ihnen Staatsinstitutionen. Da mag man aus ihren Reihen noch Geheime Vorberräte, Oberberräte u. dergl. ernennen. (Heiterkeit links, Unruhe rechts.) Es ist Heuchelei, gegen die Prostitution zu Felde zu ziehen und dann den Arbeitgeberparagraphen fallen zu lassen. Wenn die Herren vom Centrum die Prostitution ausrotten wollen, dürfen sie nicht der Erklärung des Herrn Staatssekretärs beitreten, nach der nun die Bordelle plötzlich als Staatsinstitutionen erklärt werden. Früher ging die Polizei vor gegen sozialdemokratische Schriftsteller, die behaupteten, daß Bordelle beständen. Aber sogar die damalige Brauseweilertammer mußte auf Freisprechung erkennen. Die ältesten Berliner Bordellverordnungen lassen den Begriff Bordell ganz anders auf als heute Herr Nieberding. Danach gehört zum Begriffe Bordell keineswegs, daß Getränke verabfolgt werden. Die heutige Rede des Herrn Staatssekretärs hat die Gefahr besonders trah hervorzuheben lassen, die vorhanden ist, falls unser Antrag nicht angenommen wird: die Gefahr der Lokalisierung der Prostitution. Eine solche bedeutet eine neue Verächtlichmachung der Arbeiterklasse, denn natürlich würden, wie es ja auch bei den früheren Bordellreglementen war, die Arbeiter und nicht die feinen Viertel zum Aufenthaltsort der Prostituierten ausgerufen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Beim Schluß noch eins: Ich muß es als unerhört bezeichnen, wenn Leute, die mit den Mädchen nach bekannten Grundsätzen verfahren, „Blamier mich nicht mein schönes Kind und geh mir nicht unter den Linden, wenn wir nachher zu Hause sind, wird sich schon alles finden“ — wenn diese Leute sich als Hüter der Sittlichkeit und Moral aufspielen und mit Strafgesetzen vorgehen gegen die armen Mädchen, während sie den Verführungen, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen für das weibliche Geschlecht zu schaffen, entgegengetreten. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Nieberding: Ich habe mit keinem Worte gesagt, daß ich in Deutschland Bordelle für zulässig halte, wenn sie polizeilich konfessioniert sind. Der Herr Vorredner hat mich also mißverstanden.

Abg. Henning (konf.): Der Herr Abg. Stadthagen (siehe die Verantwortung für die Prostitution allein den herrschenden Klassen zu. Das ist eine arge Uebertreibung. Zugabe ist, daß die Rechtspflege der Prostitution gegenüber eine widersprüchliche ist. Die bestehenden Bordelle verstoßen gegen das Reichsstrafgesetzbuch. — Wir wollen die Prostitution beschränken. Würde den Prostituierten das Wohnen nun gar gesetzlich gestattet, so würde das Volk sagen: die Sache ist erlaubt, also kann sie nicht so schlimm sein. Die große Mehrheit meiner Freunde wird also gegen den § 181 b stimmen.

Abg. Bebel (Soz.): Dem Herrn Vorredner erwidere ich, daß wir die bürgerlichen Parteien nur insofern für die Prostitution verantwortlich machen, als sie ein Ausfluß der bestehenden Gesellschaftsordnung sind und die in dieser bestehenden Gegensätze von Armut und Reichthum machen die Prostitution zu einer Nothwendigkeit. — Wir werden nicht für diesen Paragraphen stimmen, wenn nicht unser Antrag dazu angenommen wird. Wir wollen verhindern, daß das große Uebel der Geschlechtskrankheiten durch eine falsche Gesetzgebung noch weiter ausgebreitet wird. Aus den Ausführungen des Herrn Staatssekretärs war mir besonders interessant, daß er ganz klar feststellte, wie die Polizei heute, indem sie den Prostituierten das Wohnen in einzelnen Gegenden gestattet, gegen das bestehende Gesetz verstoßt, das jeden Wirt unter Strafe stellt, der wissentlich an eine Prostituierte vermietet. Wenn Sie unseren Antrag ablehnen, sanktionieren Sie diesen ungeheuerlichen Zustand. Es ist interessant zu konstatieren, daß die oberste Gesetzgebung des deutschen Reiches mit Wissen und Willen einen Zustand sanktioniert, der mit von ihr selbst geschaffenen Gesetzen in Widerspruch steht. (Sehr gut! bei den Soz.) Der Herr Staatssekretär hat bestritten, daß Bordelle bestehen und als besonderes Merkmal eines solchen die Ausbeutung der Prostituierten und den Wirtschaftsbetrieb hingestellt. In Hamburg bestehen aber thatsächlich staatlich konfessionierte Bordelle. Ganz skandalöse Zustände sind in der Nähe des Berliner Bahnhofs in der Schützenstraße, an welche auch das St. Johannes-Kloster, Jungfrauenstift für Hamburger Bürgerstöchter löst. (Hört! hört!) Dort sind 13 öffentliche Häuser, die schon äußerlich durch die verrosteten Fenster kenntlich sind. Die Herren müssen dort 15 bis 20 Mark bezahlen, die aber nicht das Mädchen, sondern der Wirt bekommt. In den Häusern hängt ein polizeilich genehmigter Tarif für die Preise der Speisen und Getränke. In Hamburg erzählt man sich allgemein, daß die Bordelle gerade dort hin verlegt worden sind, weil die Stadt gern das Grundstück des Stifts erwerben will. Man will das Stift durch die Konfessionierung der Bordelle veräußern. Herr Stöcker hat mich persönlich angegriffen, als Verfasser des Buches Die Frau hält er mich nicht für sittlich. Ich erinnere ihn an seinen früheren Freund Hammerstein und an die Memoiren des Fel. Cas. speziell an die Stelle, wo sie von einer Rede des Hammerstein gegen die Unsitlichkeit erzählt. Sie hat damals zu ihrem Lieblingen gesagt: „Ihr seid doch die reinsten Komödianten“, worauf Hammerstein geantwortet haben soll: „Ja, was soll ich machen, das ist doch nun mal mein Beruf.“ (Große Heiterkeit.)

Hamburgischer Bevollmächtigter Senator Dr. Burchardt: Ich glaube, daß es mir möglich sein wird, meine Regierung von den Vorwürfen des Herrn Bebel zu reinigen. Ich habe die Erklärung abzugeben, daß im polizeitechnischen Sinne Bordelle heute in Hamburg nicht mehr vorhanden sind. (Sittliche Heiterkeit auf allen Seiten des Hauses.) Konfessionen für den Erwerb aus dem Unzuchtbetriebe werden von der Polizei nicht mehr erteilt. Auch Wirtschaftskonfessionen werden nicht mehr erteilt. Es existieren nur Häuser, in denen eine Mehrzahl von Dirnen wohnen. Im landläufigen Sinne könnte man da allerdings von öffentlichen Häusern sprechen. Ich weiß, daß die Mehrheit dieses Hauses der Lokalisierung der Prostitution nicht günstig ist, aber es sind doch hervorragende Autoritäten dafür eingetreten. Den Angriff des Herrn Bebel muß ich entkräften zurückweisen, daß meine Regierung die Bordelle hinter das Jungfernstift verlegt haben soll, um dieses Grundstück wertlos zu machen. (Bravo rechts.) Wir müssen uns mit dem Bestehen der Prostitution abfinden, möge es einer späteren Generation gelingen, sich bei Verurteilung dieser Frage von höheren Gesichtspunkten leiten zu lassen, als das bisher geschehen ist. Das wäre ein Fortschritt. Fortschritte in der Sittlichkeit vollziehen sich aber sehr langsam. Für einen idealen Menschen oft viel zu langsam.

Abg. Stöcker (wildtonf.): Der Vorwurf des Herrn Stadthagen, ich hätte die Gründung von Arbeiterinnenvereinen vereitelt, ist unbedeutend. Ich habe 1894 den Kampf gegen die Unsitlichkeit der Männer aufgenommen, ich war der erste in der christlichen Welt, der in dieser Weise vorgegangen ist. (Lachen links.) Ich habe zwei Zustuchtsfälle für solch unglückliche Mädchen geurtheilt. Was hat denn die Sozialdemokratie gethan? Nichts. (Sehr richtig! rechts.) Herr Bebel

scheint mit seinem Witz wirklich zu Ende zu sein, wenn er die Memoiren einer Abel verurtheilt Person hier gegen mich zitiert. Darauf eingegangen halte ich für unter meiner Würde. Wir betrachten die Prostitution nicht als notwendiges Uebel und sind jederzeit bereit, die Unzucht unter Strafe zu stellen.

Abg. Schreyer (Rp.): Wir stehen auf der Moral der Bibel. So wenig wir die anderen Verbrechen tolerieren, können wir die Unsitlichkeit nicht tolerieren. Im Namen der Armen, die keine Furcht treiben, protestiere ich gegen die Behauptung, daß der Unterschied zwischen arm und reich gering ist, die Prostitution zu fördern. Leider hat Herr Bebel Recht in dem, was er über die Hamburger Bordelle gesagt hat. Ein Haus, das der gewerbsmäßigen Unzucht dient, nennen wir ein Bordell, und wir wollen nicht, daß tausende neuer Bordelle entstehen. Deshalb lehnen wir den § 181 b ab. Wir sind stets gegen die Kasernierung und Lokalisierung der Prostitution.

Abg. Spahn (Centr.) (schwer verständlich): Die Antwort des Hamburgischen Vertreters auf die Anshuldigungen des Abg. Bebel war durchaus ungenügend. Der Senat hat die Pflicht, die Bordelle aufzuheben.

Abg. Bebel (Soz.): Mit der Erwähnung des Falles Hammerstein habe ich keinen Witz machen wollen. Ich habe die Stelle vorgelesen zur Kennzeichnung jenes Mannes, der früher in Ihrer Partei eine Führerrolle gespielt hat und auch zur Kennzeichnung einer ganzen Gesellschaftsschicht, die ebenso denkt wie jener Mann, wenn sie auch nicht ebenso handelt. Wie ich denke, weiß jedermann, ich habe mich aller Welt gegenüber darüber ausgesprochen. Herrn Stöcker kann ich nur sagen, daß ich es mit meinen Anschauungen von Moral nicht für vereinbar halte, einen Brief wie jenen berühmten Scheiterhaufenbrief zu schreiben. Herr Stöcker fragt, was wir zur Bekämpfung der Prostitution gethan haben. Wir sind stets für die Besserung der Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen eingetreten. Nichts kann der Prostitution soviel

Abg. Stöcker (wildtonf.): Ich habe die Hebung der sozialen Lage der unteren Volksklassen. Herr Schreyer meinte, Herr Hammerstein sei der einzige Schurke der konservativen Partei. Es giebt ihrer noch mehr, aber ich habe jetzt keine Lust, die schmutzige Wäsche der konservativen Partei zu waschen. Nun zu dem Vertreter von Hamburg. Die Hamburger Bordelle befinden sich zweifellos in flagrantem Widerspruch zu den Bestimmungen des Reichsstrafgesetzbuchs. Aber dieselben Verhältnisse herrschen in einer ganzen Reihe anderer Städte. Fände § 181 die richtige Anwendung, so würden die Polizeibehörden dieser Städte in erster Reihe als Knäuel zu betrachten sein. (Sehr richtig! links.) Die Polizei konfessioniert die Bordelle nicht, aber sie reglementiert sie und erläßt Verordnungen für die Bordelle. Auch der Wirtschaftsbetrieb wird liberal ausgeübt, obwohl er nicht konfessioniert ist. In Hamburg werden die Bordellwirte von Zeit zu Zeit mit Polizeistrafen bedacht, weil sie nicht ausdrücklich mit Steuern belegt werden können. Wie leicht giebt der Hamburger Bevollmächtigte darüber nähere Auskunft. (Dr. Burchardt zuckt mit den Achseln.) Nach diesem Abschneiden hat die Polizei ihren Vertreter entweder nicht informiert oder dieser hat sich einer Unterlassungsstrafe schuldig gemacht und hat diese Information nicht eingegeben. Man glaubt, die Stadt Hamburg konfessioniert nur deshalb die Bordelle, um das Grundstück billig zu verlaufen.

Hamburgischer Bevollmächtigter Senator Dr. Burchardt: Daß die Hamburger Polizei von den Bordellwirten eine indirekte Steuer erhebt, ist unrichtig. Man sollte doch nicht Behauptungen aufstellen, für die nicht die Spur eines Beweises erbracht wird. Auf die persönlichen Angriffe des Herrn Bebel in der von ihm beliebigen Form einzugehen, verbietet mir die Höflichkeit, in der ich erzogen bin.

Staatssekretär Nieberding bemerkt, die Bestimmung des § 181 b sei in allen früheren Anträgen des Centrums enthalten.

Abg. Stadthagen (Soz.) behauptet gegenüber dem Abg. Stöcker, daß dieser thatsächlich Schuld an der Auflösung des Arbeiterinnenvereins gehabt habe. Seine Behauptung, daß Bordelle thatsächlich bestehen, habe nicht widerlegt werden können.

Abg. Stöcker (wildtonf.) bemerkt, zwischen seiner und Herrn Bebel's Weltanschauung werde nie die geringste Verührung sein.

Abg. Bebel (Soz.): Wir halten die von uns vorgeschlagenen Mittel zur Bekämpfung der Prostitution für wirksamer als die des Herrn Stöcker. Der Hamburger Vertreter hat sich über den Ton beschwert, in dem ich zu ihm gesprochen habe. Hätte ich einen unparlamentarischen Ausdruck gebraucht, so hätte mich der Präsident unterbrochen. Wie die Verhältnisse in Hamburg liegen, muß man in der Bevölkerung zu dem Glauben kommen, daß die Polizei einen besonderen Grund zur Konfessionierung der Bordelle habe. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

In der Abstimmung wird hierauf § 180 gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. § 181 b wird nach dem Kompromißantrag gegen die Stimmen der Nationalliberalen und Freisinnigen abgelehnt.

§ 182 betrifft das auf 18 Jahre herausgesetzte Schußkaliber der Mädchen.

Der Kompromißantrag verlangt Streichung des Paragraphen und damit Herkellung des bestehenden Zustandes: Schutzgrenze 16 Jahre. Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Es folgt die Beratung des § 182 a — Arbeitgeberparagraphen, der Arbeitgeber oder Dienstherrn, die unter Mißbrauch einer durch das Abhängigkeitsverhältnis, durch Androhung oder Verhängung von Entlassung, Vorkürzung oder andern Nachteilen (oder durch Zusage oder Gewährung von Beschäftigung, Vorkürzung oder andern Vorteilen) ihren weiblichen Angestellten zur Duldung oder Verübung unzüchtiger Handlungen bestimmen, mit Gefängnis bis zu einem Jahre, bei mildernden Umständen mit Geldstrafe bis zu 100 Mark bedroht. Die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein.

Die Abgg. Beck (freif. Rp.) und Gen. beantragen Streichung der in Klammern gesetzten Bestimmungen, während nach dem Kompromißantrage der ganze Paragraph fallen soll.

Abg. Hofang (natl.) sucht die Angriffe Bebel's bei der zweiten Lesung gegen die Inspektoren der Magdeburger Gegend zurückzuweisen.

Abg. Beck (freif. Rp.) tritt für seinen Antrag ein. Ein sechzehnjähriges Mädchen kann sich gegen Verlockung schützen.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Antl.) erklärt sich gegen den Kompromißantrag. Die jährlichen Geseh, die ihre Angestellten mißbrauchen, müßten getroffen werden.

Abg. Bebel (Soz.) kann zu seinem Bedauern seine Angriffe gegen die Inspektoren der Magdeburger Gegend nicht zurücknehmen; nicht alle, aber einen großen Teil habe er auf Grund der Angaben eines angesehenen Landwirts anfragen müssen, der lange Inspektor in der Gegend war und seine Erfahrungen in der „Weich-

heit" veröffentlicht hat. Ähnliches berichtet auch Pastor Wagner in seinem Buche: „Die Sittlichkeit auf dem Lande“ besonders über Ostpreußen. Alle diese Beschuldigungen richten sich gegen Christen, was die Antisemiten beachten sollten. Medner empfiehlt den Arbeitgeberparagraphe, der allein im ganzen Gesetz Wert zur Geltung der Sittlichkeit habe. Erst jüngst habe sich in Erfurt ein standalder Fall zugetragen, der Fall des Amisverführers Müller, der in Gemeinschaft mit zwei Schwestern ein 14-jähriges Dienstmädchen gemißbraucht habe. Für den Paragraphe liegt ein wirkliches Bedürfnis vor. Die Gefahr unmaßlicher Denunziationen sei nicht vorhanden. Herr Moeren habe in der zweiten Lesung so energisch für den Paragraphe gesprochen, daß mindestens er und Süder gegen den Kompromißantrag stimmen müßten. Für uns wird die Ablehnung dieses äußerst wichtigen Paragraphe Grund genug sein, um gegen das ganze Gesetz zu stimmen. Abg. Dr. Hertel (kons.) verlangt von Webel die Nennung seines Gewährsmannes und nennt das Wagner'sche Buch eine Tendenzschrift ersten Ranges. (Wachen bei den Sozialdemokraten.) Nur die Rückkehr zu Gott schließt das Volk vor Sünde. Wir sind also für den Paragraphe und stimmen nur gegen ihn, weil wir in einer Zwangslage sind. Das Massentum in der Unsitlichkeit ist auf dem Lande nicht so groß, wie in der Stadt.

Abg. Heine (Soz.): Die Herren rechts sind der Meinung, daß der Pastor nur das predigen darf, was ihm die Grundherren zu predigen erlauben. (Ohl rechts.) Ich kann Ihnen ein Beispiel anführen. Ein Grundbesitzer sagte mir neulich: Da ist zu meinen Hegeleiarbeitern ein Pastor aus dem Nachbarort gekommen und hat ihnen gesagt, daß auch die Aekden sündigen. Ich habe ihm gesagt, wenn er noch einmal kommt, lasse ich ihn mit Fingern vom Hofe jagen. (Sehnsucht, sich immer wiederholende Aufe rechts: Namen nennen!) Den Umfall des Centrums verstehe ich nicht. Im Volke wird man sagen, es war ihnen mit ihrem Eintreten für die Arbeiter bei der ersten und zweiten Lesung garnicht ernst. Warum kriechen die Konservativen vor der Regierung gerade hier zu Kreuze, sie haben es doch nicht beim Kanal, bei dem Fleischbeschaugesetz gelhan. (Sehr gut links.)

Abg. Graf Orlowa (nall.) nimmt seinen Kollegen Hofang gegen Webel in Schutz und verteidigt die Sittlichkeit auf dem Lande in Süddeutschland und Westdeutschland.

Abg. Webel (Soz.): Ich nenne meinen Gewährsmann nicht, übernehme aber für seine Mitteilungen die volle moralische Verantwortung. (Abg. Graf Arnim ruft: Sie und Moral!) Herr Graf, es ist mir ganz gleichgültig, was Sie und Shresgleichen über mich denken. In Ihrer Achtung liegt mir gar nichts. Es ist charakteristisch, daß Sie die Pastoren Wagner und Wittenberg fallen lassen, weil sie Ihnen etwas unangenehm die Wahrheit gesagt haben. Straf Antrag hätte gestellt werden sollen, als die Bücher erschienen, dann hätte ja der Wahrheitsbeweis geführt werden können. Wie behandeln Sie denn überhaupt die Pastoren? Sobald sie soziale Dinge berühren, wird gegen sie gehetzt. Medner erinnert an den Fall Hillmann und betont nochmals, daß die sittlichen Zustände auf dem Lande nicht besser seien, als in der Stadt. Von den west- und süddeutschen Landwirten habe er nicht gesprochen, weil hierüber Material fehle.

Abg. Moeren (Centr.): Herrn Webel wäre es schon recht, wenn wir für den Arbeitgeberparagraphe stimmten, denn dann würde das ganze Gesetz fallen.

Abg. Süder (wiltson.) bestreitet, daß das Buch des Pastors Wagner eine Tendenzschrift sei.

Abg. Dr. Hertel (kons.) bleibt bei dieser Behauptung. Solche Zustände, wie sie Webel aus seinem Wahlkreise Hamburg mitgeteilt, seien in seinem (Medner's) Freiburger ländlichen Wahlkreise nicht zu finden. (Er. Heiterkeit.) Was die Stellung der Rechte zum Fleischbeschaugesetz anlangt, so sei von der Regierung das Wort unannehmbar nicht gefallen. Wie sich dann die Rechte stellen wird, läßt sich heute noch nicht sagen.

Abg. Heine (Soz.) bestreitet die Verpflichtung, Namen zu nennen und verlangt, daß man seinem Worte Glauben schenkt. Aufe rechts: Nein.)

Abg. Süder (wiltson.) nennt die Darlegungen Heines Phantasiegebilde. So spricht ein Quinlaner, nicht ein gebildeter Abgeordneter. (Bravol rechts.)

Hiermit schließt die Diskussion.

§ 182a wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Antisemiten und einiger Centrumsabgeordneter abgelehnt. Die Weiterberatung wird auf Donnerstag 1 Uhr vertagt. Schluß 8 1/2 Uhr.

### Parlamentarische Nachrichten.

Das preussische Abgeordnetenhaus nahm in seiner Abend-Sitzung am Dienstag, wie vorausgesehen war, den Antrag seiner Budgetkommission auf Streichung von fünf neu geforderten Kreis-schulinspektorenstellen mit großer Mehrheit an. Die Ausführungen des Ministers sind ganz ohne Eindruck geblieben, und im nächsten Jahre werden Centrum und Konservative die Stellen, wenn sie von neuem gefordert werden, wieder mit größter Seelenruhe ablehnen. Die Kreisfiskal soll die Schule beherrschen, und diesem höheren Zwecke wird auch das Staatsinteresse untergeordnet. Die Regierung braucht sich über die Konsequenz dieses Standpunktes nicht zu wundern; sie hat auch auf dem Gebiet der Schule alles gelhan, um den Uebermut ihrer Verbündeten groß zu stellen. Am Mittwoch wurde weiter über das Elementarschulwesen verhandelt. Die Debatten waren wenig interessant und drehten sich um Kleinigkeiten. Dem Abg. Ernst, der die Befordlungsbefugnisse der Landlehrer in Ost- und Westpreußen sehr milde kritisiert hatte, erwiderte Ministerialdirektor Kögler, der im vorigen Jahre den großen Konflikt mit den agrarischen Bildungsgenossen gehabt hatte, gerade für die Lehrer auf dem Lande sei sehr viel geschehen. Das Wort gefiel der Rechten und sie klatschte lebhaft Beifall. Herr Kögler ist wieder in Gnaden aufgenommen. Im übrigen wurde beim Kapitel „Kunst- und Denkmalspflege“ wie in früheren Jahren, über die angebliche Bevorzugung Berlin's geklagt und von konservativer und ultramontaner Seite manch tief empfundenes Wort über die Bedeutung der „wahren“ Kunst gesagt, worunter hauptsächlich religiöse Malerei, aber bei Leibe nicht etwa in der Art Uldes verstanden wurde.

### Politische Tagesrundschau.

#### Deutschland.

Gegen das Fleischfuhrverbot hat am Dienstag eine Verammlung von Vertretern deutscher Rhedereien und Schiffswerften aus allen deutschen Küstenplätzen in Hamburg einstimmig eine Resolution angenommen, in der erklärt wird, daß das Fleischfuhrverbot in seinen Folgen zu unvermeidlichen Störungen unserer handelspolitischen Verhältnisse zu befürchten, mit uns durch lebhaften Güteraustausch und rege Schifffahrt verbundener Staaten führen und gleichzeitig die Ernährung unserer Arbeiter empfindlich verteuern würden. Die Blüte der deutschen Schifffahrt und nicht minder die des deutschen Schiffbaues ist abhängig von der Fortdauer unserer Verkehrsbeziehungen zum Auslande. Die Resolution richtet an den Reichskanzler die Bitte, daran festzuhalten, daß das Gesetz keine Bestimmung enthalte, welche über den durch die hntemischen Anforderungen verlangten Schutz gegen ausländischen Fleischimport hinausgehe, und daß dementsprechend keinerlei Einfuhrverbot gegen irgend welche Fleischsorten in dem Geetze selbst zum Ausdruck gelangt. Der Ministerpräsident, welcher die Münchener Allgemeine Zeitung von Berlin aus versorgt, erklärt das Zustandekommen des Kompromisses auf Grundlage der Streichung der vorgesehene Fristbestimmung selbst dann für wahrscheinlich, wenn der Bund der Landwirte sein von possumus erklären sollte. Nach anderen Nachrichten aber soll die Regierung darauf bestehen, daß Vöckel'sche nicht

in das Fleischfuhrverbot einbezogen wird. Jedenfalls wird dann trotz der Meinung des Offiziosus nichts zustande kommen. Denn die Agrarier werden sich nicht spalten lassen und dann hat im Reichstage ein Kompromiß keine Aussicht auf Annahme.

Die Flottenvorlage kommt in der nächsten Woche in der Kommission zur Beratung. Doch soll vor Ostern nur eine Generaldebatte stattfinden. In die Spezialberatung soll erst nach Ostern eingetreten werden.

Bei der Landtagswahlwahl in Glogau-Lüben an Stelle des zum Regierungsrat beförderten gemäßigten Landrats v. Dallwitz wurde am Dienstag der konservativ-agrarische Graf v. d. Mecke-Volmerstein mit 295 Stimmen einstimmig gewählt. Die Zahl der Wahlmänner beträgt 376. Die Freistimmen hatten Wahlenthaltung beschlossen.

### Nachrichten aus dem Auslande.

In Oesterreich sind nach der Neuen Freien Presse die Delegationswahlen für Freitag abend in Aussicht genommen, darauf erfolgt die Vertagung des Parlaments. Für Montag ist wieder die Verständigungs-Konferenz einberufen. Das österreichische Abgeordnetenhaus verhandelte am Dienstag über den Dringlichkeitsantrag des Abg. Slama über den Kohlenarbeiterstreik. Abg. Vaschinsky forderte die schnelle Vorlegung eines Gesetzesentwurfes betreffend die Verkürzung der Arbeitszeit. Wenn 70 000 Arbeiter gedemütigt die Arbeit wieder aufnehmen müßten, könnten statt friedlicher Organisation anarchistische Bestrebungen aufzulauchen. Nach dieser Rede kam es zu heftigen Ausritten zwischen den Christlichsozialen und den Sozialdemokraten, weil der christlichsoziale Steinert als die Hauptursache der Not der Bergarbeiter den Branntwein bezeichnete. Der Sozialdemokrat Werner unterbrach ihn durch den Ruf: „Sie von Reichsland bezahlter Spindel.“ Mehrfach wurde ein Vergleich im Kohlenarbeiterauslande vorgeschlagen. Nach den Ausführungen der Generalredner Djedenszyl und Werner nahm das Haus einstimmig den Antrag Slama an, die Regierung sei aufzufordern, mit allen Mitteln auf die Beendigung des Streiks hinzuwirken. Die Resolution Seichert, die Regierung sei aufzufordern, dahin zu wirken, daß männliche Arbeiter nicht vor dem 19. Lebensjahre und weibliche Arbeitskräfte überhaupt nicht unter Tags zur Kohlengrubenarbeit hinzugezogen werden, wurde einstimmig dem sozialpolitischen Ausschuss überwiesen.

Das Ende Finlands ist herangekommen, schreibt die Kölnische Zeitung, der zufolge der Jar auf die Vorstellungen des Generalgouverneurs Bobrikow hin die Bestimmung aufgehoben hat, nach der alle zu finländischen Gouverneuren ernannten Personen einen besonderen Amtseid leisten müssen, die herolds den russischen Dienst bei Eintritt in den russischen Staatsdienst abgelegt haben. Die bisherige Vereidigung der finländischen Gouverneure auf die Verfassung des Großfürstentums ist damit abgeschafft worden. Die Maßregel machte in ganz Finland einen niederschmetternden Eindruck, und dies um so mehr, als gleichzeitig bekannt wurde, daß geplant werde, die Wadchbefugnisse der Gouverneure Finlands und des finländischen Senats einzuschränken. Ueber diese Vnderungen werden bereits Beratungen gepflogen. Der langjährige Gehilfe des Ministerstaatssekretärs, General Protzko, erbat seine Entlassung. Der Posten soll nicht mehr besetzt, vielmehr vom Reichssekretär Plehve mitverwaltet werden, so daß in Zukunft kein hoher finländischer Beamter mehr die Interessen Finlands unmittelbar beim Zaren vertreten kann.

Dem englischen Parlament ist ein Glaubuch über die Befehlagnahme der deutschen Postdampfer „Herzog“, „Bundesrat“ und „General“ zugegangen. Die Sammlung beginnt mit dem 16. Dezember v. J., an welchem Tage der kommandierende Admiral des Mittelmeergeschwaders berichtete, daß der „Herzog“ mit Reisenden in Phaki-Anzügen, anscheinend nach Transvaal fahrenden Offizieren und Soldaten, abgegangen sei, und schließt mit dem 20. Januar. An letzterem Tage übermittelte der Votschaster Sir F. Lascelles die vom deutschen Staatssekretär Grafen Bülow im Reichstage gehaltene Rede nebst einer Denkschrift über die deutsche Gesetzgebung in Sachen des Seerisensrechts. Aus dem Glaubuch geht hervor, daß der deutsche Konsul in Durban sofort, nachdem der „Bundesrat“ durch ein Kriegsschiff eingebracht war, namens seiner Regierung Einspruch erhob. Am 4. Januar übergab, wie das Glaubuch weiter zeigt, der deutsche Votschaster Graf Hagfeldt im Auftrage der deutschen Regierung dem Premierminister Lord Salisbury eine Note, in der die sofortige Freigabe des „Bundesrat“ verlangt wurde. Darauf erwiderte Lord Salisbury am 10. Januar. England könne nicht zugeben, daß Günder für die Freigabe des „Bundesrat“ ohne Untersuchung durch das Preisengericht vorhanden seien, doch erkeime es an, daß es wünschenswert sei, daß diese Untersuchung so rasch wie möglich vollendet werde, und zwar mit aller möglichen Rücksicht auf den Rheder, und die unbedächtigen Passagiere und Waren. Lord Salisbury teilte gleichzeitig der deutschen Votschaft mit, es seien Befehle ergangen, die Durchsuchung von Schiffen in Alden einzustellen und keine deutschen Postdampfer auf bloßen Verdacht hin anzuhalten. Am 17. Januar überbande Lord Salisbury dem Votschaster in Berlin Sir F. Lascelles Abschrift der vom Grafen Hagfeldt überreichten Note vom 4. Januar und bemerkte dazu, er habe mit Ueber-raschung von dem Vertreter einer Macht, mit welcher die Regierung Ihrer Majestät auf freundschaftlichem Fuße zu stehen glaubte, eine Mitteilung erhalten, die so schroff gehalten sei und den britischen Marineoffizieren Mißachtung des internationalen Rechts vorwerfe, wofür keine Begründung vorhanden sei. Am 19. Januar besuchte Sir F. Lascelles den deutschen Unterstaatssekretär Frhrn v. Richthofen und ließ bei ihm die Depesche Lord Salisbury's zurück, damit der Staatssekretär Graf Bülow von derselben Kenntnis nehmen könne, ehe er die Interpellation im Reichstage beantworte.

### Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz.

Bloemfontein ist in die Hand der Engländer gefallen. General French, an dessen Namen sich so viel für die Engländer glückliche Ereignisse der letzten Wochen knüpfen, ist zuerst mit der Vorhut des Roberts'schen Heeres in die Hauptstadt des Freistaats eingerückt. Ihm ist Lord Roberts gefolgt und hat in der Stadt die englische Flagge gehißt, der Sitz der Regierung des Freistaats ist nach Kronstad, fast 200 Kilometer nördlich von Bloemfontein, verlegt worden. Die Times meldet aus Lourenco Marques vom 12. März: Eine Friedensgesandtschaft der Buren, bestehend aus dem Mitglied des Ausführenden Rates des Oranje-Freistaates, Fischer, dem Mitglied des Ausführenden Rates der Südafrikanischen Republik, Wolmarans, und dem Mitglied des Volksraads des Oranje-Freistaates, Wessels, reist morgen nach Europa ab.

### Nachrichten aus Magdeburg.

Bei unserer Betrachtung über den Wahlsausfall in Calbe-Acherleben haben wir betont, daß auch die Flotten-vorlage ihr Teil zu dem überraschenden Stimmengewinn, den der nationalliberale Gegenkandidat des Gewissen Schmidt erhielt, beigetragen habe. Diese Auffassung wurde in einem Artikel, welcher seinen Weg durch eine Anzahl Parteiblätter nahm, geteilt. In dem Artikel wurde das Zusammenhalten und Ansdhören der reaktionären Massen — das kennzeichnendste Merkmal der Wahl — auf den Unlust zurückgeführt, daß die Marine- und Kolonialschwärzerei die Freistimmigen und die Agrarier unter einen Hut gebracht habe und daran die Frage geknüpft, ob wir nicht etwa die Wirkungen der Flottenvorlage unterschätzt haben. Der Vorwärts, der sich auch um den Artikel beschäftigt, ist jedoch gegenteiliger Meinung. Er hat an Grund von Erwägungen bei den an der Agitation beteiligten Gewissen festgestellt, daß die Hypothese der Reaktionärer Bürger Volksstimme in jedem Punkte falsch ist, daß also auch die daran geknüpften weitblickenden Betrachtungen irrig sind. Als Beweis hierfür führt der Vorwärts aus, daß die Wahlagitation sich ausschließlich um die Person des Gewissen Schmidt und die Majestätsbeleidigung gedreht habe. Daß sogar das Gegenteil unserer Ausführungen richtig ist, will der Vorwärts beweisen mit der Behauptung, daß der nationalliberale Kandidat sich sehr vorichtig, um nicht die Wähler vom Bunde der Landwirte zurück zu schrecken, über die Flottenvorlage ausgesprochen habe. Klarheit müssen wir vor allem haben, darin stimmen wir dem Vorwärts bei. Wir bemerken daher, daß wir selbst einer Verammlung bewohnten, in welcher der nationalliberale Kandidat seine Stellung zur Flottenvorlage entwickelte. Er sprach sich dabei ganz uneingeschränkt für eine Vermehrung der Flotte, in dem Maße, wie dieses von der Regierung als notwendig erwiesen werde, aus und gab in Bezug auf die Decksfrage eine recht unverständliche Erklärung ab. Aus Zeitungsberichten haben wir erfahren, daß Herr Blade in sämtlichen Versammlungen, in welchen er sprach, diese Erklärung, wenigstens dem Sinne nach, wiederholte. Auch in den übrigen nationalliberalen Wahlversammlungen, welchen wir bewohnten, stand neben der Majestätsbeleidigung die Flottenvorlage im Vordergrund der Erörterungen. In den Flugblättern trat die Flottenvorlage allerdings etwas zurück gegenüber der Majestätsbeleidigung, jedoch beherrschte dieselbe bei weitem nicht so ausschließlich das Feld, wie der Vorwärts behauptet. Vor uns liegt ein sozialdemokratisches Flugblatt mit der Aufschrift: Die Wasserfrage in Deutschland, welches ausschließlich die Flottenvorlage gewidmet ist. Auch in den übrigen sozialdemokratischen Flugblättern wird die Flottenvorlage — nur ein Flugblatt macht eine Ausnahme — wenn auch nicht so ausführlich, behandelt. Diese Thatsachen, welche auf eigener Wahrnehmung beruhen, geben uns wohl das Recht, zu behaupten, daß neben der Majestätsbeleidigung die Flottenvorlage die Wahlagitation beherrschte, wobei wir zugeben, daß die erstere im Vordergrund stand. Unwichtig aber ist, daß die Flottenvorlage gar keine Rolle im Wahlkampf gespielt habe. Unsere Auffassung, daß gerade diese es war, welche den Freisinn zur Unterstützung der Kandidatur des Herrn Blade veranlaßte, ist durch die Ausführungen des Vorwärts durchaus nicht erschüttert. Der Unterstützung der Agrarier war der nationalliberale Kandidat ohnehin sicher durch seine Verpflichtungen bezüglich der Handelsvertragspolitik, welche den Parteigenossen des Herrn Blade, den Herrn v. d. Borcht veranlaßten, zu erklären, daß er (Herr v. d. Borcht) durchaus nicht übereinstimmen könnte mit den Ausführungen des Herrn Blade zu dieser Frage. Herr Blade hatte es durchaus nicht nötig, die Flottenvorlage vorichtig zu behandeln, weil er sich auf andere Weise der Unterstützung der Agrarier versichert hatte. Selbstverständlich ist es uns nicht eingefallen, zu behaupten, daß die Arbeiter im Banne der Flottenvorlage und der ulerlosen Welpolitik gefangen haben. Das Gegenteil beweist ja das Wahleresultat. Fest steht aber, daß der Freisinn beinahe geschlossen für den Nationalliberalen gestimmt hat, trotz der bekannten Erklärung des Herrn Schneider und trotz der Angriffe, welche bei früheren Wahlen die Freistimmigen seitens der Nationalliberalen erfahren haben, Angriffe, die beinahe zu Thätlichkeiten zwischen den beiderseitigen Führern geführt haben und auf gleicher Höhe mit den Angriffen standen, welche gegen die Sozialdemokratie gerichtet wurden. Wir haben keinen anderen Grund zur Erklärung dieser Erscheinung als die Flottenvorlage. Die Majestätsbeleidigung kann in diesen Kreisen nicht den Eindruck hervorgerufen haben, den der Vorwärts annimmt, dagegen spricht die Erklärung des Herrn Dr. Schneider. Inzwischen hat ja auch die Nachwahl in Bayreuth den Beweis geliefert, daß auf den Freisinn kein Verlaß ist bei der Bekämpfung der Agrarier und Welpolitik. Auch die Flottenvorlage vermag die „eine reaktionäre Klasse“ nicht zu trennen. Unsere Reihen stehen fest, aber die hitzigen Parteien streben zusammen und erhalten Zugang durch die Indifferenz. Das waren die „weitblickenden Betrachtungen“, die wir an den Wahlsausfall in Calbe-Acherleben geknüpft haben. Das ist eine Entwicklung, die uns keineswegs zum Schanden gereicht. Ist der Vorwärts gegenteiliger Ansicht, baut er auf den Freisinn oder gar auf die liberale Industrie im Kampfe gegen die agrarische Reaktion, so ist das seine Sache. Gewiß, Vorgänge wie beim Fleischbeschaugesetz sind geeignet, die Politik der Sammlung zu gefährden und wenn sie sich wiederholen, den Bund zwischen Industriellen und Agrariern ganz zu zerlören. Vorkünftig aber ist es noch nicht so weit und wir halten es für nützlich, dieser Meinung offen Ausdruck zu verleihen, wobei wir überzeugt sind, daß die Hypothese, „die in jedem Punkte falsch sind“, gewiß nicht auf unserer Seite zu finden sind.

Ein Protest gegen die Wahl Blades soll doch noch zu rechter Zeit nach Berlin abgegangen sein. Danach wäre die Nachricht der Magdeburger Zeitung, bei welcher der Wunsch wohl der Vater des Gedankens war, zu berichtigen.

Streik. In der Zuckersabrik von Jakob Hennige Magdeburg-Neustadt, haben am Donnerstag früh zwölf Mann von der Accordkolonne Schlemmer die Arbeit niedergelegt. Dieselben hatten erfahren, daß in ihrer Mitte drei Personen pro Woche 1 Mark 50 Pfg. extra erhielten. Diese Summe wurde vom Gesamtacordlohn in Abzug gebracht, ohne daß den Arbeitern Mitteilung gemacht worden war.

Ein netter Herr scheint der „Arbeitswillige“ Giesler zu sein. Er schlug den Arbeiter Sterdt, der am Hagenarbeiterausstand beteiligt war, derartig, daß dieser über Kopf- und Genickschmerzen, die laut Urteil des Arztes den erhaltenen Schlägen herrühren, zu klagen hat.

Rückfahrarten zum Osterfeste. Auf den preussischen Staatsbahnen, sowie den meisten deutschen und ausländischen fremden Eisenbahnen wird zum Osterfeste die Geltungsdauer der gewöhnlichen Rückfahrarten von sonst kürzerer Dauer, welche am Dienstag

den 3. April d. J. und an folgenden Tagen (auch nach dem Feste) gelöst werden, bis einschließlich Freitag, den 27. April d. J. verlängert.

— Infolge Scheiterns des Pferdes wurden zwei Männer, die mit einem Wagen die Eisenbahnbrücke in der Wilhelmstraße passierten, als gerade ein Zug über die Brücke fuhr, aus dem Wagen geschleudert. Das Pferd, welches mit dem ausgehenden Scherbaum nach der Stadt zu lief, wurde bald eingefangen, die beiden Insassen erlitten Verletzungen, die den einen zwangen, im Krankenhaus Unterkunft zu suchen.

### Provinz und Umgegend.

**Burg.** (Zur Beachtung für alle Militärpflichtigen. Stadtverordnetenversammlung.) Das diesjährige Erfah- und Klassifikationsgeschäft für die Stadt Burg findet in der „Centralhalle“ wie folgt statt: Am Mittwoch, den 28. März der Jahrgang 1879, und am 30. März der Jahrgang 1878 und die älteren Militärpflichtigen. Die Gefestigungs-pflichtigen haben morgens 7 1/2 Uhr in obengenannten Lokale zu erscheinen. — Auf der Tagesordnung der am Donnerstag stattfindenden Stadtverordnetenversammlung stehen u. a.: Anträge auf Veranlagung und Festsetzung der Etats pro 1900/01. Festsetzung der für 1900/01 zu erhebenden Steuern. Kommissionsbericht über Einführung einer Umsatzsteuer. Ob man auch der von uns gegebenen Anregung in Bezug auf den Wettbewerbskonkurs stattgeben wird? —

**Gardesege.** (Erfikt.) Eine 65jährige verwitwete Rentiere ist nachts in ihrer Wohnung erstickt. Ihr Bett war auf unangestrichene Wölfe in Brand geraten, die Frau wollte sich flüchten, erstickte aber vor dem Rauche, da sie den Ausgange der Wohnung nicht schnell genug erreichen konnte.

**Kodwig.** (Kindesmörderin.) Wegen Verdachts des Kindesmordes wurde hier die Arbeiterfrau Busse verhaftet, da man bei der Sektion eines bei ihr in Pflege gewesenem auferweichten Kindes ihres jetzigen Mannes als Todesursache festgestellt hat.

### Kleine Chronik.

Ein Oberländer Kahn sank im Hamburger Hafen, wobei der Schiffer und seine Bootskente ums Leben kamen. Drei Leichen sind bereits gefunden.

Vor Wehra fuhr der Leipziger Schnellzug infolge falscher Weichenstellung in voller Fahrt in einen Güterzug hinein. Der Lokomotivführer besah die Weisesegegenwart, stark zu bremsen und dadurch unabsehbares Unheil zu verhüten. Die Lokomotive, Post-, Gepäck- und mehrere Personenwagen wurden zertrümmert, zahlreiche Passagiere erheblich verletzt, ein Postbeamter ist tot.

Das Landgericht in Hamburg sprach den Bahnhofsvorsteher Scharf frei, der angeklagt war, das Eisenbahn-Unglück am Klosterhof am 2. Oktober 1899 verschuldet zu haben, bei dem 83 Menschen verletzt wurden. Die Freisprechung erfolgte, weil dem Angeklagten die Ankunft von Militär nicht gemeldet worden sei und er habe annehmen können, daß sich der Zug in den nächsten vier Minuten geleert haben könnte.

Zur Wiederherstellung des Théâtre Français brachte am Montag der französische Unterrichtsminister Lengues in der Deputiertenkammer eine Kreditvorlage über 2 200 000 Frank ein.

In Eszorna (Ungarn) hat eine Feuerbrunst bei heftigem Wind mehr als 80 Häuser eingeschert, über 100 Familien wurden dadurch obdachlos, zwei Frauen sind in den Flammen umgelommen.

30 ziemlich heftige Erdstöße wurden Sonntagabend um 10 Uhr in Merzen wahrgenommen.

Vom Berge Belasowiza, Bezirk Palsanie in Serbien, fand eine gewaltige Abrutschung statt, die das Dorf Desibojatsa teilweise zerstörte, den Fluß Tessen abspernte, so daß ein See sich bildete. Die Einwohner wurden durch unterirdisches Donnergeräusch gewarnt, doch konnten sie wenig von ihrer Habe retten.

In einem von Italienern bewohnten Mietshause in Nowar (New-Jersey) brach eine gewaltige Feuerbrunst aus, wobei, soweit bekannt ist, fünfzehn Personen, größtenteils Kinder, verbrannten. Das Feuer ist vermutlich angelegt worden.

### Vereine, Versammlungen, Vergnügen.

In der am 8. März d. J. abgehaltenen Mitglieder-Versammlung des Verbandes der Bäcker wurde nach Erledigung des ersten Punktes der Vorbericht des Vorstandes, das Stiftungsfest im „Bürgerhaus“ abzuhalten, angenommen. Alsdann wurde die Gründung eines Diskussionsklubs beschlossen. Die nächste Sitzung desselben soll schon am Dienstag stattfinden. Den Kommissionsbericht betr. Einsetzung der Forderungen an den Innungsvorstand verliest Kollege Grosche. Das ausführlichste Schriftstück, worin die Innung erucht wird, an die Kommission bis zum 20. d. M. eine Erklärung über ihre Stellungnahme zu den Forderungen abzugeben, soll die Kommission mit Zustimmung der Versammlung einreichen. In Punkt Verschiedenes führt ein Kollege an, daß ein Bäckermeister seinem Lehrling das übrig gebliebene Mittagbrat vom Tag vorher zum Frühstück giebt. Ueberhaupt herrschen nach den Angaben dieses Kollegen in dieser Bäckerei traurige Verhältnisse im Verhältnisse der Arbeiter. Ferner wurde die Schlafstube der Gesellen eines anderen Bäckermeisters geschildert. Nachdem noch verschiedene Mißstände angeführt waren, wurde die Versammlung geschlossen.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltung Magdeburg.** Die Fortsetzung der letzten Generalversammlung findet am Sonntag, den 25. März 1900, vormittags 11 Uhr, im „Luisenpark“ statt.

**Groß-Otterleben und Umgegend.** Achtung, Parteigenossen und Genossinnen! Am Sonntag, den 18. März, abends 8 Uhr, findet im Strumpfwirker Lokale eine öffentliche Volksversammlung statt, in welcher Genosse Ferdinand Vender über das Thema „Völkertum und Völkertrennung“ referiert. Die Wichtigkeit der Versammlung muß jeden Parteigenossen ansprechen, für den Besuch derselben zu agitieren.

**Freitag, 16. März:**  
Männer-Turnverein „Frisch auf“, Magdeburg. Jeden Dienstag und Freitag Turnstunde im „Drei Kaiserbund“.

**Freie Turnerschaft Magdeburg-Wilhelmshadt.** Jeden Dienstag und Freitag Turnstunde im „Luisenpark“.

**Arbeiter-Turnverein Wilsdorf.** Jeden Dienstag und Freitag Turnstunde in der Krone, Moldenstraße.

**Männer-Gesangverein „Vorwärts“, Alte Neustadt.** Jeden Freitag Turnstunde bei Schürich, Moldenstraße 20.

**Musikharmonika-Verein Concordia, Alte Neustadt.** Jeden Mittwoch und Freitag Turnstunde im Schoppen, Magdeburgerstr. 73.

**Naturheil-Verein Neue Neustadt.** In der Genossenschafts-Obstweide, Breitenweg 31, Turnstunde: Dienstags für Herren, Freitags für Damen. Anfang abends 8 1/2 Uhr.

**Musikalischer Vergnügungsverein „Lira“, Magdeburg-Neustadt.** Jeden Freitag Turnstunde im „Weißen Hirs“, Friedrichsplatz 2.

**Arbeiter-Steinographen-Verein, Bezirk Budau.** Jeden Freitag abends 8 1/2 Uhr Turnstunde bei Wetze, Thiemstraße.

**Turnverein „Jahn“, Sudenburg.** Jeden Mittwoch und Freitag Turnstunde in der „Herbster Bierhalle“, Schöningerstraße 28.

**Turnverein „Vorwärts“, Sudenburg.** Jeden Mittwoch und Freitag abends 8 Uhr Turnstunde in „Friedrichsplatz“.

**Diesdorfer Männer-Turnverein.** Jeden Dienstag und Freitag Turnstunde im „Weißen Hirs“ (Zuh. Hildebrandt).

**Arbeiter-Gesangverein Diesdorf.** Jeden Freitag abends 8 Uhr Turnstunde bei Hermann Hildebrandt (Gasthof zum weißen Hirs).

**Arbeiter-Turnverein Othenstedt.** Dienstags und Freitags Turnstunde bei U. Schinke.

**Niederndodeleben.** Arbeiter-Turnverein „Freiheit“. Jeden Dienstag und Freitag Turnstunde bei Gustav Hornemann.

**Klein-Otterleben.** Männer-Turnverein Klein-Otterleben. Jeden Dienstag und Freitag, abends 8 Uhr, Turnstunde bei U. Müller in Klein-Otterleben.

**Klein-Otterleben.** Arbeiter-Gesangverein „Gleichheit“. Jeden Freitag abends 8 1/2 Uhr Turnstunde beim Gastwirt U. Müller.

**Männer-Turnverein Groß-Otterleben.** Jeden Dienstag und Freitag abends 8 Uhr Turnstunde im „Goldenen Stern“.

**Arbeiter-Turnverein Groß-Otterleben.** Jeden Dienstag und Freitag Turnstunde bei Strumpf.

**Freie Turner Beunedenbed.** Jeden Dienstag und Freitag, abends 8 Uhr, Turnstunde im Lokale des Herrn Hoppe.

**Arbeiter-Turnverein „Vorwärts“, Fernerleben.** Jeden Dienstag und Freitag, abends 8 Uhr, Turnstunde bei Bauh.

**Burg, Freie Turnerschaft.** Jeden Dienstag und Freitag abends 8 Uhr Turnstunde im „Postlager“.

### Sonntagsabend, 17. März:

Verband städtischer Arbeiter, Filiale I. Abends 8 Uhr Mitglieder-versammlung im Lokale des Herrn G. Winter, Magdeburgerstraße.

### Briefkasten.

# A-moll 1,00. — Von einem Tabakspinner 6,00. — G. W., Budau 3,00. — F. W., Sudenburg 8,85. — Ein Budauer Genosse (W.) 40,00. — Neuer Magdeburger (W.) 10,00. — F. G. „In den Wälschlustern“ 10,00. — L. R., Budau, 5,00. — Vom doppelt bezahlten Bestells-Abonnement durch P. in Budau 0,80. Gruß.

# Lehmann & Arndt, Neustadt, Breiteweg 24, Ecke Ritterstr.

**Anerkannt größtes Spezial-Geschäft für gebiegene Herren- und Knaben-Garderobe am Platze.**

**Die Ausstellung**  
in unseren 6 größten Schaufenstern bitten wir zu beachten.

**Konfirmanden-Anzüge**  
in bekannt allergrößter Auswahl in nur hochfeinen schwarzen Krammgarn- und Satinstoffen  
**12-33 Mark.**

Gratis erhält jeder Konfirmande, wie bereits seit 10 Jahren, einen Konfirmandenhut, oder was er sich dementsprechend wünscht, zu.

empfehlen in bekannt größter Auswahl:  
Jackett-Anzüge in Satin und Tuchkammgarn in den neuesten Farben von 10-45 Mk.  
Hod-Anzüge in Raye und Crap, wie nach Maß, von 20-45 Mk.  
Sommer-Valotots in allen Mode- und Sportfarben von 8 1/2-33 Mk.  
Jacketts und Beinkleider von 4-15 Mk.  
Knaben-Anzüge in den neuesten, reichsten Facons, blau und braun Cheviot, mit doppeltem Kragen und Einfaß, von 2,75 Mk. an.  
Arbeiter-Garderobe lassen selbst anfertigen, deshalb nach Maß ohne Preisverhöhung.

**Bestellungen nach Mass**  
in eigener Werkstatt zugehoben, unter Garantie für tadellosen Sitz.

**Konfirmanden-Anzüge 5.50 Mk.**  
allerdings nur zum Zeigen  
da derselbe knapp so lange hält, wie er unter dem Arm nach Hause getragen wird. 711

680

**Lachse, Karpfen, Zander, starken grünen Mal**  
zu bekannt billigsten Preisen.  
Ferner sind infolge großen Langes bedeutend billiger geworden:  
Gr. Steinbutt, Zungen, Karbonadenschiff, Seelachs, Koblau, gr. Schellfische, Schollen, See-Aal u. u.  
Wir empfehlen daher Restauranten und Privatens solche zu bedeutend billigeren Preisen.  
Glensburger Muscheln  
Pfund 15 Pfg. 680  
Alles andere wie bekannt billigst.

**Markworth & Co.**  
Versand-Haus  
Fischerbrücke 23 u. Breiteweg 253.  
Sudenburg, Braunschweigerstr. 11.

705

**Grösstes Waaren-Abzahlungs-Geschäft.**

**Abzahlungen schon von 1 Mk. an.**

**Möbel,**  
Betten, Polsterwaaren,  
ganze Ausstattungen.  
**Hermann Liebau,**  
Magdeburg, Breiteweg 127,  
Ecke Schrottdorferstr., gegenüber  
der Katharinen-Kirche.  
Herren-, Knaben- und  
Damen-Garderobe,  
Manufacturwaar. u. Weisswaar.  
Gardinen.

**Abzahlungen schon von 1 Mk. an.**

**Jedermann erhält Credit.**

**Möbel, Spiegel und Polsterwaren**  
zu ganz billigen Preisen unter voller Garantie  
empfehlen  
470  
**H. Hahnwald**  
M.-Sudenburg, Br. Weg 51.  
**Umstände halber:**  
Kleiderschrank, nussl. mit.  
Vertikow, Esotisch  
Sora, 4 Rohrstühle " " 712  
Sprengelschrank, Spiegel " " 713  
sofort billig zu verkaufen.  
Wache 2, vorn 3 Treppen  
ganz nahe am Alte Markt.

**Vogts** Schank- und Speise-  
Wirtschaft,  
Notekrebststraße 21. 934  
Kräftiger bill. Mittag- u. Abendisch.

**Breiteweg 89/90**  
kauft man zu den denkbar billigsten Preisen:  
**Hainbäum und Birken**  
echte, halbechte und imitierte  
**Möbel**  
ebenso unter Garantie recht dauerhaft u. elegant gearbeitete  
**Polsterwaren**  
bei 555  
**Georg Mook**  
Breiteweg 89/90.

**Großes Lager Möbel, Spiegel und nur selbstgefertigte Polsterwaren**  
empfehlen zu billigen Preisen 676  
**G. Wahl, Tapezierer**  
Sudenburg  
Lemsdorferweg Nr. 3.  
Bestellungen zur Neuankündigung und zu Reparaturen, sowie Aufträge zur Dekorierung werden in kürzester Zeit prompt ausgeführt

Ein Seckebauer und Aquarium Konfirmanden-Anzug billig zu verkaufen! Suche junge Mädchen von 14 bis 20 Jahren. Helmstedterstraße 19, vorn 2 Tr. bei Schmidt, Koblenzortstr. 50 a, P. Nr. 293/20 Jahr. Frau Müller, Leitesstraße 6, P.

**Reserviert!**

# Achtung! Morgen!

**Friedel Finke.**

## Warnung!

Da es wiederholt vorgekommen ist, daß hier am Plage eine gewisse Person unter Bezugnahme auf meine Firma durch allerlei Vorpiegelungen den Hausfrauen gebrannten Kaffee und Cacao verkauft und ins Haus gebracht oder geschickt hat und zwar Kaffee, welcher nach mir vorliegender Probe, total verbrannt und absolut ungenießbar ist, so warne ich hiermit jede Hausfrau, bei Kaffee- und Cacao-Angeboten sehr vorsichtig zu sein. Ich mache noch besonders darauf aufmerksam, daß meine Ware nur in meinen Original-Packungen mit meiner Firma und Preisstempel versehen und nur durch meine Gespanne und meine Kutscher, welche letztere an der Mähe kenntlich sind, niemals aber von Frauen oder Kindern überbracht wird. Schließlich bitte ich jeden, welcher mir über fragliche unlautere Person näheres berichten kann, um freundliche diesbezügliche Mitteilung, da ich gerichtliche Verfolgung beabsichtige. 704 Hochachtungsvoll

**Max Häusler, Kaffee-Versandt-Geschäft**

Magdeburg-Neustadt, Neuhaldenslebenstr. 1.

Fernsprecher 2179.

Fernsprecher 2179.

## Bestellungen

auf

# alle Mode-Zeitungen

pro 2. Quartal

werden schon jetzt entgegengenommen und bitten wir, solche möglichst bald aufgeben zu wollen.

## Buchhandlung Volksstimme.

# Gewerkschaftskartell in Burg.

Sonntag, den 18. März, nachm. von 4 Uhr ab bei Karl Jaffe, Holzstraße

## gemütliches Beisammensein

anlässlich des 5 jährigen Bestehens des Gewerkschaftskartells. 707  
Sämtliche früheren Kartell-Delegierten sind hierzu eingeladen.

## Burg

## Burg

Am Dienstag, den 20. März, abends 8 Uhr im Hofjäger 707

# Projektions-Vortrag

über:

## Transvaal und der Burenkrieg

mit 100 Lichtbildern von H. Laube.  
Erwachsene 20 Pfg. — Schulpflichtige Kinder 10 Pfg.

Das Gewerkschaftskartell.

# Arbeitsnachweis der Gewerkschaften

## Unentgeltliches Anknüpfungsbureau

Geöffnet: Vormittags 9—1 Uhr, nachmittags 3½—7½ Uhr.  
Kleine Klosterstraße 15, parterre. Eingang durch den Saal rechts.  
Fernsprech-Anschluss 1403.

## Gesucht werden:

Barbiere, Schneider, Bäcker, Stellmacher, Tischler, Schuhmacher, 2 Mann zum Buchhandel, Akternechte und Dienstmädchen.

# Städt. Arbeitsnachweisstelle

unentgeltlich. Bei der Hauptwache Nr. 5  
Fernsprechanschluß: Rathaus Nr. 2150—2155.

## Es werden gesucht:

**Männliche Abteilung:**  
Haus-, Lauf- und Arbeitsburthen, kräftiger herrschaftlicher Diener, Portier und Hausdiener für Hotel, unverh. Kutscher für hier und auswärts, Fuhrnechte, Akter- und Futternechte, landwirtsch. Arbeiter, Buchbinder, Tapezierer, Möbel- und Modellmacher, Stellmacher, Radierer, Schriftsetzer, Schneider und viele Lehrlinge.

**Weibliche Abteilung:**  
Stellungsuchende Personen aller Berufe und Stände für häusliche und geschäftliche Arbeiten aller Art.

## Alte und Neue Neustadt!

### Tapeten und Borden

enorm billig. — Reste unter Fabrikpreis. 805  
Bitte um Besichtigung meiner 2 großen Schaufenster.

## Bernh. Gleibler

Lüneburgerstraße 26.

**Reelle Leute**  
erhalten in billigen Preisen  
**Waaren- u. Möbel-Credit**  
an alle Familien mit  
Kredit (Bausparen) nach ohne  
Anzahlung  
A. Friedländer  
Breitenweg 118  
Gebrüder 1877

Straf-, Klage-, Ehe-, Aliment., Unfallsch.,  
Landgraf, Rechtskons., Tischlerkugstr. 27.

## Küchensettel der Magdeburger

Volkstischen  
Hauptwache 5 und Schmidstr. 61.  
Freitag: Schmorhohl mit Salzkartoffeln und  
Schweinebraten.  
Sonnabend: Sauerer Kartoffelsuppe mit  
Schweinefleisch.

Große und Kinder-Volkstischenmarken  
sind für Vereine und Gesellschaften zur  
reellsten Unterstützung für Notleidende von  
12—2 Uhr in den Volkstischen: Haupt-  
wache 5, Neustadt, Schmidstraße 61  
zu haben.

## Küchensettel des Lehrerinnen- und

Damenheims,  
Breitenweg 82, i Tr.  
Freitag: Erbsuppe, Schellfisch, Mostrich-  
butter, Salzkartoffeln.  
Sonnabend: Brühsuppe mit Julienne, Rind-  
fleisch, Champignonsauce, Salzkartoffeln.

## Die beste Damenkapelle

# Walhalla-Theater

Parterre-Säle.

Kein Sammeln. 542  
Kein Programmzwang.  
Freier Eintritt.

# Colomba-Margarine

ist der beste Ersatz für feinste Naturbutter, stets frisch  
à Pfund 75 Pfg. offeriert

**Albert Kraushaar, Sudenburg**  
Braunschweigerstrasse 12.

# Walhalla

125  
**Erstes**  
**Spezialitäten-Theater**  
am Plage.  
**Ohne Konkurrenz!**  
**Neues Programm.**

**Wilhelm-Theater.**  
Freitag, den 16. März 1900:  
Benefiz für Herrn Ludwig von dem Bruch  
**Farinelli.**  
Operette in 3 Akten von Zumpfe.

**Stadt-Theater.**  
Freitag, den 16. März 1900:  
**Wignon.**  
Oper in 3 Akten von Ambroise Thomas

# Cirkus-

560  
**Theater.**  
Heute Freitag:  
**Vollständig**  
**neues**  
**Programm!**  
Zum Schluß:  
**Ein Tag nach dem**  
**Rothen Horn.**  
Urkommisches Ensemble.  
**Hugo Hochgemuth**  
als Schöpfer  
Schöner Gedanke — aber es kommt  
anders!  
Gewöhnliche Preise.  
Kinder die Hälfte.

# Gustav!

296  
zu Deinem 31. Wiegenfeste, hoffen wir das  
allerbeste Kollegen von Schnarsleben.  
\* Geht zu Bruder Gustavs Wiegenfeste  
Wünschen wir ihm das allerbeste.  
\* Doch am heutigen Tage denke d'ran  
Ob man wieder eine Kanne leeren kann.  
\* Und hebe von den Pullen nicht so oft  
die Korke.  
\* Sonst kommst du abends an wie Vorker.  
\* Wenn vom Gelage heimkehrst, sieh' Dich vor,  
Daß Du Dich nicht legst b.d. Pflanzern auf's Ohr.  
\* Doch Mielchen hat ja einen Kinderwagen,  
Wenn nicht, wird sie Dich auf d. Händen tragen.

\* Meinem Onkel A. ... d ein donn. Lebehoch  
zu seinem heut. Wiegenfeste. Ditto Dunkel.  
\* Frau Amalie Giff zum heut. Wiegenfeste  
ein donnernd. Lebehoch! W. G. W. D. A. O.  
\* Abends trint' nur immer zu ohn' Ruh,  
Nur sag' zu keinem: Dummer, Du!  
\* Auf Nachbar, d. sid. Richard G. & f. heut.  
Wiegenf. e. d. Lebeh. Bruder, nimm noch einen.  
\* Unserm Bruder A. Hendrich die herzgl.  
Glückwünsche z. Geburtstag. Ernst, Elise.

## Standesamt.

Magdeburg, 14. März.  
Geburten: Alice, T. des Müllers  
Dskar Blumenthal. Margarete, T. des  
Comptoirist. Otto Gbrg. Bernhard, S.  
des Buchbindereisters Friedrich Gehardt.  
Werner, S. des Buchdruckers Dskar Rose.  
Otto, S. des Arbeiters Gustav Naumann.  
Paul, S. des Eisenarb. Fern. Schulze.  
Todesfälle: Johanne geb. Engel,  
Wm. des Werkführ. Hermann Scranowich,  
59 J. 2 M. 12 T. Karl Siebert, Privat-  
mann, 89 J. 4 M. 3 T. Friederike geb.  
Mühl, Wm. des Kutschers Wlth. Brandt,  
4 M. 12 T. Alfred, S. des Arb. Franz  
Reichart, 6 M. Friedrich, S. des Arb.  
Paul Bornkamp, 2 J. 1 M. 14 T. Otto  
Santner, Handelsm., 45 J. 5 M. 20 T.  
Erich, S. des Comptoiristen Rob. Sandroc,  
23 T. Wlth. Ruit, Schreiber, 18 J. 9 M.  
10 T. Anna geb. Winkler, Ehefrau des  
Kaufm. Albert v. Gadenich, 60 J. 7 M.  
8 T. Henriette Stockmann, unehelicht,  
79 J. 10 M. 13 T.  
T o g e b u r t: Eine Tochter des Buch-  
halters Victor Leudfeld.

## Sudenburg, 14. März.

Ehe-schließung: Former Wilhelm  
Nabel mit Anna Rhode hier.  
Geburten: Frieda, T. des Arb. Karl  
Schulz. Martha, T. des Straßenbahn-  
Wagenführers Adam Gzofat. Anna, T.  
des Formers Ernst Graff. Paul, S. des  
Schneiders Christ. Kramer. Paul, unehel.  
Todesfälle: Anna, T. des Arbeiters  
Gustav Schmidt, 2 M. 8 T. Wilhelm, S.  
des Arb. August Heineke, 10 M. 13 T.  
Charlotte, T. des Maurers August Kruse,  
2 M. 7 T.

## Buckau, 13. März.

Aufgebote: Arb. Rob. Paul Otto  
Ballhaus hier mit Anna Marie Wernerine  
Rehmann in Kerkahn. Fernmacher Friedr.  
Wlth. August Weber mit Meta Alberts h.  
Geburt: Hans, S. des Arb. Joh.  
Lange.  
Todesfälle: Georg, S. des Schmieds  
Joh. Mech, 20 T. Georg, S. des Schmieds  
Michael Wardeke, 1 J. 11 M. 21.  
Vom 14. März.  
Geburt: Wlth., S. des Hilfsbremsers  
Wlth. Schulz.  
Todesfälle: Wm. Noack, Maria geb  
Kottzur, 69 J. 8 M. 1 T.

## Neustadt, 14. März.

Aufgebote: Schuhmacher Otto Kob.  
Richard Delert mit Emilie Doris Krümmel.  
Ehe-schließung: Brauer Alexis  
Puhlmann mit Anna Schurrig. Bureau-  
vorsteher Paul Schäfer mit Vina Keipel.  
Geburten: Anna, T. des Arb. Franz  
Tschowost. Gustav, S. des Steingutdreh.  
Wlth. Welfe. Herbert, S. des Obermäch-  
Meisters Dskar Meyer. Alma, T. des  
Weißgerb. Reich. Bunert. Ida, T. des  
Arb. Ferd. Kersten. Wlth., S. des Eisen-  
drehers Paul Weber. Elisabeth, T. des  
Steinmeh Paul Sefitel. Martha, T. des  
Malers Gustav Engelhaus. Gustav, S.  
des Arb. Gustav Grüneberg.  
Todesfälle: Bootsmann Karl Bobbe,  
29 J. 4 M. 16 T. Lina, T. des Arb.  
Wilhelm Herbrich, 10 J.

## Neuhaldensleben.

Geburten: 9. März: Tiefbohrarbeiter  
H. F. W. Krödel ein Sohn. 7. März:  
Leberjäger F. Horst eine Tochter. 7. März:  
Arb. E. Grün eine Tochter.

## Die Friedensbepfechen.

Lord Salisbury verlas im englischen Oberhause folgende Mitteilung von den Präsidenten Steijn und Krüger, datiert Bloemfontein, den 5. und eingegangen den 6. d. M.: „Blut und Thränen von Tausenden welche durch den Krieg gelitten haben, und die Aussicht auf den moralischen und wirtschaftlichen Ruin, mit dem Südafrika jetzt bedroht ist, macht es für beide Kriegführenden notwendig, sich leidenschaftlos und im Angesichte des dreieinigen Gottes zu fragen, wofür sie kämpfen und ob das Ziel eines jeden das schreckliche Elend und die Verwüstung rechtfertigt. In Hinblick hierauf und auf die Behauptungen mehrerer englischer Staatsmänner, daß der Krieg begonnen und geführt worden sei mit der ausgesprochenen Absicht, die Autorität der Königin in Südafrika zu untergraben und daselbst eine von der britischen Regierung unabhängige Verwaltung einzusetzen, erachten wir es für unsere Pflicht, feierlich zu erklären, daß der Krieg nur unternommen worden ist als Defensivmaßregel, um die bedrohte Unabhängigkeit der Republik zu wahren und daß er fortgeführt wird, um die unbestrittene Unabhängigkeit beider Republiken als souveräne und unabhängige Staaten zu schützen und die Versicherung zu erlangen, daß jenen Unerbathenen der Königin, die unsere Partei in dem Kriege ergriffen haben, kein Leid geschehe. Unter diesen Bedingungen allein sind wir jetzt wie bisher schon von dem Wunsch beseelt, den Frieden wiederhergestellt zu sehen. Wenn hingegen die britische Regierung entschlossen ist, die Unabhängigkeit der Republiken zu vernichten, bleibt unserem Volke nichts übrig, als bis zum Ende auf dem eingeschlagenen Wege anzuharren, ungeachtet der erdrückenden Ueberlegenheit des britischen Reiches, in dem Vertrauen, daß Gott uns nicht verlassen wird. Wir haben geglaubt, diese Erklärung früher abzugeben, da wir fürchteten, so lange der Vorteil auf unserer Seite war und unsere Streitkräfte Verteidigungsstellungen fern in den britischen Kolonien innegehalten, könnte eine solche Erklärung das Ehrgefühl des britischen Volkes verletzen. Jetzt aber, wo das Ansehen des britischen Reiches als gesichert gelten kann dadurch, daß einer unserer Truppenkörper von den Truppen der Königin gefangen genommen wurde und daß wir dadurch gezwungen waren, andere Stellungen, die unsere Truppen inne hatten, zu räumen, ist die Schwierigkeit beseitigt. Wir können nicht länger zögern, die britische Regierung und das britische Volk im Angesicht der ganzen gesitteten Welt klar davon in Kenntnis zu setzen, warum wir kämpfen, und unter welchen Bedingungen wir bereit sind, den Frieden wieder herzustellen.“

Salisbury verlas alsdann die Antwort vom 11. d. M.: Ich bekenne mich zum Empfang der Drahtung vom 5. Curer Ehren, das hauptsächlich die Forderung enthält, daß die britische Regierung die unbestrittene Unabhängigkeit der Südafrikanischen Republik und des Orange-Freistaats als unabhängiger internationaler Staaten anerkenne, und ferner das Anerbieten unter diesen Bedingungen den Krieg zum Abschluß zu bringen. Zu Anfang des Oktober v. J. bestand zwischen der englischen Regierung und den beiden Republiken unter den damals bestehenden Konventionen Friede. Einige Monate hindurch war zwischen der britischen Regierung und Transvaal eine Verhandlung im Gange, die zum Zwecke hatte,

für gewisse sehr ernsthafte Beschwerden, unter denen die britischen Bewohner Transvaals litten, Abstellung zu erlangen. Im Verlauf dieser Verhandlungen hatte Transvaal, soweit der britischen Regierung bekannt wurde, beträchtliche Rüstungen gemacht; letztere hatte infolgedessen Schritte unternommen, um entsprechende Verstärkungen der britischen Garnisonen in Kapstadt und Natal vorzunehmen. Bis dahin hat keine Verletzung der Rechte, die durch die Konventionen garantiert waren, auf britischer Seite stattgefunden. Wohlgedacht erklärte Transvaal nach zweitägiger Frist und nach Erlaß eines beschimpfenden Ultimatus Ihrer Majestät den Krieg, und der Orange-Freistaat, mit dem nicht einmal eine Erörterung stattgefunden hatte, that einen gleichen Schritt. Unmittelbar darauf drangen die beiden Freistaaten in die Gebiete Ihrer Majestät ein, belagerten die Städte innerhalb der britischen Grenze, ein großer Teil der beiden Kolonien wurde mit großer Vernichtung von Eigentum und Leben überzogen, und die Freistaaten nahmen das Recht in Anspruch, die Bewohner ausgedehnter Teile der Gebiete Ihrer Majestät so zu behandeln, als ob diese Gebiete dem einen oder dem andern der Freistaaten einverleibt worden wären. In Voraussicht dieser Operationen hat Transvaal seit vielen Jahren Kriegsvorräte in ungeheurerem Maßstabe angesammelt, die ihrer Natur nach nur zur Verwendung gegen Großbritannien bestimmt sein könnten. Eure Ehren machen einige Bemerkungen negativer Art über den Zweck jener Vorbereitungen. Ich halte es nicht für nötig, die von Ihnen aufgeworfenen Fragen zu erörtern; aber das Ergebnis der mit großer Heimlichkeit durchgeführten Rüstungen ist gewesen, daß das britische Reich gezwungen war, einem Einfall entgegenzutreten, der dem Reiche einen kostspieligen Krieg und den Verlust von Tausenden wertvoller Leben auferlegt hat. Das große Unheil ist die Strafe gewesen, die Großbritannien dafür erlitten hat, daß es in jüngstvergangenen Jahren den Bestand der beiden Republiken zugegeben hat. Im Hinblick auf den Gebrauch, den die beiden Republiken von der ihnen gegebenen Stellung gemacht haben, und auf das Unheil, das ihr durch keine Herausforderung veranlaßter Angriff über die Gebiete Ihrer Majestät gebracht hat, kann die Regierung Ihrer Majestät nicht nur mit der Mitteilung antworten, daß sie nicht bereit ist, die Unabhängigkeit, sei es Transvaals, sei es des Orange-Freistaats, zuzugeben.

## Aus der Parteibewegung.

**Zu dem Verleumdungsprozeß des Dr. Lütgenau** gegen den Genossen Breidenbeck wurde am 13. d. M. das Urteil verkündet. Es lautete auf Freisprechung Breidenbecks, die Kosten hat Lütgenau zu tragen. In den Gründen wird angeführt, daß die Verurteilungen beleidigend seien, daß aber dem Beklagten der Schutz des § 193 zuzubilligen sei.

## Parlamentarische Nachrichten.

**Unfallversicherungskommission.** In der Sitzung am Samstag wurde die Beratung des Mantelgesetzes zu Ende geführt. Eine längere Debatte entspann sich über den Antrag der Regierung, die Forderung des Reichsversicherungsamtes bei Entscheidungen über die Ansprüche der Verletzten von 7 auf 5 Mitglieder zu verringern. Die

Regierung hatte diese Verringerung verlangt unter der Begründung, daß es schwierig sei, die nötige Zahl der richterlichen Beamten zu stellen. Diese Verringerung wurde von fast allen Parteien bekämpft. Hierbei wurde hervorgehoben, daß die hauptsächlich vorliegende Schwierigkeit, die nötige Zahl der richterlichen Beamten zu stellen, hervorgerufen sei durch das viel zu geringe Entgeltkommen der preussischen Regierung. In Vertik seien die meisten Richter mit Arbeiten überhäuft und daher kaum fähig, im Nebenamt noch als Beisitzer im Reichsversicherungsamt thätig zu sein. Nun sei es aber überaus wertvoll, daß bei den Entscheidungen im Reichsversicherungsamt auch solche Richter mitwirken, die noch in Zivilprozessen thätig sind und deshalb mit den hier in Betracht kommenden Fragen stets vertraut bleiben. Von der preussischen Justizverwaltung müsse verlangt werden, daß sie die nötige Zahl der Richter anstelle, jedoch der einzelne Beamte nicht mehr wie jetzt mit Arbeiten überhäuft sei, sondern sich auch den Pflichten, die ihm die Mitarbeit im Reichsversicherungsamt auferlege, widmen können. Die preussische Regierung gehe sogar soweit, daß sie bei Beförderung eines Richters demselben zur Pflicht mache, seine Nebenbeschäftigung im Reichsversicherungsamt aufzugeben. Hiergegen müsse das Reichsamt des Innern unbedingt einschreiten und dafür sorgen, daß die preussische Justizverwaltung diejenige Rücksicht auf das Reichsversicherungsamt nehme, welche der großen sozialpolitischen Bedeutung dieser Körperschaft entspricht. Geschiehe dieses, so würden sich genug Richter finden, welche zur Mitarbeit im Reichsversicherungsamt bereit wären. Der Antrag jedoch, den die Regierung vorschlägt, dürfe unter keinen Umständen gewährt werden. Im Reichsversicherungsamt kämen an jedem Sitzungstage 15 Fälle zur Entscheidung. Bei der jetzigen Zusammenfassung des Gerichts würden diese 15 Fälle auf 3 Referenten verteilt. Die Verabreichung der Zahl der Mitglieder von 7 auf 5 würde dagegen zur Folge haben, daß die 15 Referate von einem oder höchstens zwei Beisitzern übernommen werden müßten. Dies wäre eine zu starke Belastung der einzelnen Personen, infolgedessen wäre eine gründliche Durcharbeitung schwieriger Fälle nicht möglich. Die Regierung trat mit allen Kräften für ihre Vorlage ein. Ihre Vertreter erklärten das Verhalten der Justizverwaltung dem Reichsversicherungsamt gegenüber für durchaus berechtigt. Eine Ueberlastung der einzelnen Beisitzer durch zu viele Referate in den Sitzungen des Reichsversicherungsamtes sei auch nach der Verringerung nicht zu befürchten, da die Verhandlungen vor diesem Gerichte in der Regel sehr kurz seien, die Fälle also sehr einfach lägen und auch von den Referenten schnell erledigt werden könnten. Da sich die Regierung aber im Laufe der Debatte überzeugen mußte, daß selbst bei der bürgerlichen Mehrheit der Kommission die von ihr vorgeschlagene Begründung der beantragten Verschlechterung keinen Anklang finde, so erklärte Ministerialdirektor von Wobesitz, daß nach Ablehnung des Regierungsvorschlages das Zustandekommen des Gesetzes aus Neuestem erschwert werde. Aber auch diese Drohung versagte. Bei der Abstimmung wurde vielmehr mit allen gegen die Stimmen der Konservativen die von der Regierung vorgeschlagene Verringerung abgelehnt, so daß auch in Zukunft bei den Entscheidungen des Reichsversicherungsamtes 7 Mitglieder thätig sein müssen.

Außerdem hatte die Regierung verlangt, daß statt des richterlichen Beamten ein zum Richteramt befähigtes Mitglied des Reichsversicherungsamtes zu der Spruchstiftung zugelassen werden könne. Auch gegen diese Bestimmung wurde Einspruch erhoben, weil ein solcher Beamter aus dem Justizdienst ausgeschieden sei und deshalb nicht mehr die nötige Fühlung mit den zivilrechtlichen Fragen habe. Auch die Arbeiter verlangten die Streichung dieser Verschlechterung. In einer Petition an den Reichstag führten sie an, daß dieser Beamten die Fühlung mit den Arbeitern setze und deshalb eine Verständigung mit ihnen schwerer sei, als mit den richterlichen Beamten. Schließlich wurde auch diese Verringerung mit derselben Mehrheit abgelehnt.

Etwas ganz Neues ist der Vorschlag der Regierung, die Berufsgenossenschaften zu ermächtigen, Einrichtungen zu treffen erstens zur Versicherung ihrer Mitglieder gegen Haftpflicht und zweitens zur Organisation des Arbeitsnachweises. Die Sozialdemokraten erhoben gegen diese Aenderung lebhaften Einspruch. Durch die bisherigen Aenderungen sei bereits die Haftpflicht der Unternehmer für leichte Fahrlässigkeit aufgehoben, so daß nur noch eine Haftung für absichtliche oder durch großes Verschulden herbeigeführte Unfälle bestehe. Dasse man auch für diese Fälle die Haftpflichtversicherung zu, so werde geradezu die Gewissenlosigkeit der Unternehmer bezüglich des Schutzes gegen Unfälle gefördert. Ein solcher Vorschlag verstoße geradezu gegen die guten Sitten. Die Organisation des Arbeitsnachweises sei zwar notwendig, aber nur auf der Grundlage der Parität. In der Berufsgenossenschaft jedoch sei einseitig das Unternehmertum organisiert, so daß ein von dieser Körperschaft eingerichteter Arbeitsnachweis als

## Senileton.

### Der Millionenbauer.

Von Max Freyer.  
(27. Fortsetzung.)

Der Major schämte sich und vermochte kurze Zeit kein Wort zu sagen. Dann aber erwachte der alte Soldat in ihm, und er ging direkt auf sein Ziel los, verschwiegen aber vorläufig noch, was bevorstände, wenn die Zahlung nicht erfolgte.

„Sehen Sie, mein bester Herr Köpffe, man giebt Versprechungen, damit sie gehalten werden. Mein Sohn hat versprochen, noch heute diesen dunkeln Ehrenmann zu befriedigen. Wenn Sie also eine Abschlagszahlung auf die Mitgift leisten wollen, so nehmen Sie meinen Dank, der von Herzen kommt.“

Diese schnelle Erledigung machte Köpffe stutzig, denn sofort witterte er eine Unaufrichtigkeit, aus der man Vorteil schlagen wollte. Eigentlich hatte er dieses Eingehen auf die Vermögensverhältnisse nur als eine vorläufige Besprechung betrachtet, deren Folgen noch der Ueberlegung bedürften. Und nun sah man die Heirat bereits als eine Heirat auf und trat mit einer bestimmten Forderung an ihn heran, deren Erfüllung man ohne weiteres verlangte.

„Ne, Herr Baron, so schnell geht das nicht. Wenn man gut fahren will, muß man auch gut schmieren. Derartige Dinge müssen immer überlegt werden. . . Und wenn auch, so viel Geld habe ich nicht im Hause. Das hat überhaupt kein vernünftiger Mensch. . . Und dann sehen Sie — wer wird denn mit so einem Galanten von Wucherer so viel Umstände machen. . . So 'n Kerl muß kommen und bitten. Wir sind doch ehrliche, anständige Leute. Da heißt es: So viel verlangst du und so viel bekommst du. Und nun sei vergnügt und halte dein. . . Maul. Reinetwegen auch Mund. Je nachdem. Sagen Sie mir die Adresse, und dann wollen wir weiter sehen.“

„Aber es muß heute sein, Herr Köpffe. Ich sage

muß.“ Der Major hatte drei Glas Wein hinuntergegossen und sah dunkelrot aus, so daß das weiße Haar sich wie Schnee von seinem Antlitz abhob. Er zitterte bei dem Gedanken, sich vergebens bemüht zu haben.

„Nochmals, Herr Baron — so schnell kann ich Ihnen nicht entgegen kommen. Ich finde auch den Grund dazu nicht. . . Uebrigens ist die Verlobung noch gar nicht bekannt gemacht worden. . . Trotz meiner Hochachtung vor Ihnen, Herr Major, sehe ich noch immer nicht ein, weshalb die Sache so eilt.“

„Nicht eilt, nicht eilt! Herr, begreifen Sie nicht, wie schwer es mir geworden sein muß, diese Bitte an Sie zu richten, und begreifen Sie auch nicht, daß dringende Gründe vorliegen müssen, wenn ein Edelmann und Offizier Ihnen die bestimmte Erklärung abgiebt, daß diese Schuld bis morgen früh geregelt sein müsse?“

„Ne, Herr Major, das begreife ich nicht. Ich habe nichts gegen die Heirat und habe mir auch vorgenommen, eine offene Hand zu zeigen, schon, weil es sich um das Glück meiner Tochter handelt. Aber die Pistole auf die Brust setzen, — das lasse ich mir nicht. Mein Geld ist fauer verdient, und wenn ich es fortgabe, dann soll es auch freiwillig geschehen und nicht gezwungen. Marie bekommt eine reiche Aussteuer und am Hochzeitsmorgen eine halbe Million, aber keinen Heller mehr. Und dann können die beiden machen, was sie wollen. Und nun bitte ich Sie, bleiben Sie noch gemütlich sitzen und kosten Sie einmal von der anderen Flasche.“

Der Major hatte sich wieder erhoben und nach dem Helm gegriffen, aber er nahm ihm nicht vom Tisch, sondern ließ die Hand auf ihm ruhen. Eine halbe Million! Wenn dieser Mann vor ihm, dessen Manieren jeden wohlherzogenen Menschen verletzen mußten, das so bestimmt aussprach, als betrachte er damit die Mitgiftsfrage, um die sich für Huo eigentlich alles drehte, als erledigt, so würde er sich jedenfalls auch erweichen lassen, wenn man ihm die tieferen Gründe für die Pression unumwunden darlegte. Zu Hause wartete die Baronin klopfenden Herzens, um den Ausgang dieser

Unterredung gleich dem Urteilspruch eines obersten Gerichtshofes entgegenzunehmen. Wenn er nun hereinträte, trüben Gesicht wie nach den Vormittagsgängen, die ohne Erfolg geblieben waren. . . Nein, das ging nicht. Er war immer nur als Sieger aus den Gefechten hervorgegangen, und ein Soldat weiß, daß eine erlittene Schlappe noch keine Niederlage bedeutet.

Den Ungezogenheiten dieses Menschen mußte man mit Diplomatie begegnen. Er setzte sich wieder, that so, als hätte ihn die Mitgiftenthaltung nicht besonders berührt und gab Köpffen nur die nötige Aufklärung, ruhig und klar, in dem glaubwürdigen Tone eines Mannes, der vorausgesetzt, daß man begreife, wie man einen derartigen Fleck unmöglich auf dem Namen einer Person von Stande sitzen lassen könne, und welcher von dem anderen so viel Verständnis voraussetzt, um einzusehen, daß nicht nur die Ehre eines Menschen, sondern auch dessen Leben dabei auf dem Spiele stünde.

„Es ist skandalös, daß Leute von Erziehung gezwungen werden können, einem derartigen Affront entgegen zu gehen. Doch das ist nicht zu ändern. Sie werden nun einsehen, bester Herr Köpffe, daß es eine Notwendigkeit ist, die. . . Uebrigens werden Sie sich der Thatsache nicht verschließen können, daß auch Ihr Name indirekt dabei beteiligt ist. Sie als zukünftiger Schwiegervater werden doch nicht —“

„Das ist aber gar nicht so schlimm, wie Sie denken. Herr Major,“ unterbrach ihn Köpffe, der, die inzwischen erfaltete Cigarette im Munde, die immer kürzer wurde, ohne daß er sie rauchte, ruhig zugehört hatte. „Das kommt unter den feinsten Leuten vor. Sogar bei solchen, die sehr viel Geld besitzen.“

„Wa—as?! Sie meinen wirklich bei Leuten, die Geld besitzen?“ Gedankenstarr blickte ihn überrascht an. In diesem Augenblick glaubte er wirklich, ihn nicht richtig verstanden zu haben.

„Nun ja. Eigentlich haben Sie nichts; aber darüber verfügen können sie doch. Das ist eine alte Geschichte. . . Wer es mit gutem Gewissen thun kann, der sollte den Eid leisten. Er bleibt anständig dabei.“ (Fortsetzung folgt).

ein Mittel zur Unterdrückung der Arbeiter sich bewähren möchte. Trotz dieser Ausführungen wurde die von der Regierung vorgeschlagene Änderung angenommen mit dem Hinweis darauf, daß ja bei dem Arbeitsnachweis auch Vertreter der Arbeiter zugezogen werden müßten. Die Sozialdemokraten beantragten daher, daß die zur Organisation und Verwaltung des Arbeitsnachweises hinzuzuziehenden Arbeiter von den Versicherungen auf Grund des für die Gewerbeämter maßgebenden Wahlverfahrens gewählt werden sollen. Nur auf diese Weise sei es möglich, den Arbeitern eine wirkliche Mitwirkung bei den Arbeitsnachweisungen zu sichern. Der sozialdemokratische Antrag wurde jedoch abgelehnt, so daß also die Berufsvereinschaft, das heißt die Unternehmer, nach ihrem Belieben die „Vertreter der Arbeiter“ bestimmen können.

### Soziales.

Die Holzarbeiter in Mautenburg a. S. haben ihren Arbeitgebern Forderungen unterbreitet, die möglicherweise zur Arbeitseinstellung führen werden.

Die Steinseher in Wandersbeck sind in eine Lohnbewegung eingetreten.

Die Lohnbewegung der Düsseldorf Textilarbeiter bei Herzfeld & Co. hat mit einem Siege der organisierten Textilarbeiter geendet. Den Arbeitern wurde der Lohn um 20 Pfennig Lohnzulage pro Tag bewilligt.

Zu Heidelberg sind 280 Maurer ausständig. Zwei Geschäfte haben sämtliche Forderungen bewilligt.

Die Ausperrung in der Berliner Holzindustrie beschäftigte am Dienstag das Berliner Gewerbegericht. Von den Unternehmern nahmen, soweit dies konstatiert werden konnte, nur die Träger großer Firmen teil, die Arbeiter hatten ca. 15 Vertreter der verschiedensten Berufe gesandt. Unter anderem den Vorsitzenden des Holzarbeiterverbandes, Kloss, und den Bevollmächtigten der Berliner Filiale, Theodor Glocke. Es wurden zunächst von Glocke nachmals die Forderungen eingehend dargelegt, wobei sich herausstellte, daß bei den Meistern vielfach eine irrige Auffassung über die einzelnen Positionen obwaltet. Die Arbeiter hatten vielfach die Forderungen in der Weise gar nicht erhoben, wie sie von den Unternehmern ausgelegt wurden; weshalb auch von den Arbeitern der Einwand geltend gemacht wurde, daß aus dem ganzen Verhalten der Fabrikanten während des Streiks zu ersehen sei, daß sie die Forderungen absichtlich verzerren, um Stimmung unter den kleinen Fabrikanten zu machen. Nach längerem Auseinanderlegen erklärten sich die Herren bereit, auf der Grundlage zu verhandeln, daß eine Abschlagszahlung von 24 Mark pro Woche an die Arbeiter gewährt wird, die diesen Verdienst im Accord erreichen. In Werkstätten, wo der Durchschnittsverdienst 24 Mark beträgt, dürfen Forderungen nicht gestellt werden. Die Streikenden gaben die Erklärung ab, daß in einer Reihe von Werkstätten überhaupt keine Forderungen gestellt sind, besonders da, wo die Ausperrung erfolgte. Die Accordpreise müßten soweit erhöht werden, daß ein mittlerer, schwächerer Arbeiter den Verdienst von 24 Mark erreichen kann. Man verstehe unter schwachen Arbeiter nicht einen Mann, der invalid sei, sondern jemand, der im Besitz der vollen Arbeitskraft ist. Der Vorsitzende des Gewerbegerichts, Herr v. Schulz, schlug vor, die Verhandlung vor dem Einigungsamt fortzuführen. Dem widersetzten sich die Meister und wird so am Donnerstag eine weitere Aussprache erfolgen. Auf das Verlangen des Tischlermeisters Kimmel, die Arbeit erst bedingungslos aufzunehmen und dann zu verhandeln, folgte von den Streikenden eine kühle Ablehnung. Ob die weiteren Verhandlungen zu einer Einigung führen, läßt sich nicht voraussagen. Der Streik weist keine Veränderungen auf, von den Ausständigen ist ein geschlossenes Zusammenhalten auch für die nächste Zeit zu erwarten. Am Dienstag haben 4 Meister mit 40 Arbeitern eine Einigung herbeigeführt. Für Mittwoch stehen weitere Verhandlungen bevor.

### Aus dem Jahresbericht des Konsumvereins Neustadt.

Der Konsumverein Neustadt, der drittgrößte derartige Verein in Deutschland, veröffentlicht jeden seinen Bericht über das 36. Geschäftsjahr 1899.

der wieder den vollständigen Beweis von der gesunden Entwicklung des Vereins erbringt. Die Sozialdemokratie steht nicht auf dem Standpunkt, daß die Konsumgenossenschaften aus der Lösung der sozialen Frage näher bringen, immerhin bilden sie einen wesentlichen Faktor, den unteren Volksschichten durch Lieferung guter Waren zu billigen Preisen eine bessere Lebenshaltung zu ermöglichen und aus diesem Grunde besitzen die Konsumvereine unsere Sympathie. Bis zum Jahre 1894 unterhielt der Konsumverein nur Läger in den beiden Stadtteilen Neustadt; von diesem Jahre ab wurden auch in den anderen Stadtteilen Verkaufsläger errichtet und die Folge davon war, daß der Verein in diesen letzten fünf Jahren über 8000 Mitglieder zunahm. Die Mitgliederzahl stieg im Berichtsjahre hatte der Verein eine Zunahme von 1114 Mitgliedern.

Der Warenumsatz stieg von 4 591 186 Mark auf 4 951 587 Mark und dürfte im nächsten Jahre die fünfte Million bei weitem überschreiten. Der Geschäftsergebnis beträgt nach Abzug sämtlicher Unkosten im Betrage von 299 030,54 Mark, unter denen sich auch 36 000 Mark für Abschreibungen auf Grundstücke, Maschinen, Pferdmaterial usw. und 48 000 Mark an Einkommens-, Gewerbe- u. Steuerbefreiungen, 563 941,33 Mark, sodann, nachdem die Generalversammlung nochmals 23 000 Mark dem Dispositionsfond zuzuführen und weitere Abschreibungen in Höhe von 48 295 Mark genehmigte (die Gesamtsumme der Abschreibungen beträgt nunmehr 84 295 Mark), in diesen Tagen an die Mitglieder eine Rückvergütung von 10 Prozent des Verkaufserlöses, das sind 492 645,87 Mark, zur Verteilung kommt. In den 35 Jahren seines Bestehens hat der Verein ca. 5 1/2 Millionen Mark an seine Mitglieder als „Dividende“ zurückgezahlt, ungerichtet der Zehntausende, die im Laufe der Jahre als sogenannte Konfirmationsgelder den Mitgliedern gewährt werden konnten.

Wenn wir die hohe Summe der Rückvergütungen besonders hervorheben, so soll damit durchaus nicht gesagt sein, daß wir in hohen Dividenden das Ideal der Konsumvereine erblicken, sondern vor allem darin, den Mitgliedern zu billigen Preisen gute Waren zu liefern. Und wir möchten den Mitgliedern dringend empfehlen, bei allen ihren Beschläffen, diesen ureigensten Zweck der Konsumvereine ja nicht aus dem Auge zu verlieren und der „Dividendenjäger“ nicht allzu sehr die Fingel schießen zu lassen. Immerhin müssen wir die hohe Summe der Rückvergütungen besonders hervorheben, die doch im andern Falle in die Taschen der Privat-Unternehmer geflossen wäre.

Der Bäckereibetrieb, ein Hauptteil des Vereinsunternehmens hat im Laufe der Jahre eine vollständige Umänderung erfahren, indem an Stelle der Handarbeit fast durchgängig die Maschine getreten ist. Die neue Bäckerei in der Roggnerstraße arbeitet mit sieben eisernen Dampfbacköfen und eine dem Bericht beigebrachte Ansicht des Innern dieser Bäckerei läßt einen kleinen Schluß auf die Sauberkeit und Ordnung die in diesen Räumen herrschen muß und die wohlthuend abstrich von Zuständen in den Bäckereien, über die wir unsern Lesern des Jähren berichten konnten. Entsprechend den praktischen Einrichtungen dieser Bäckerei sind auch die Leistungen. Im Berichtsjahre belief sich der Mehlverbrauch auf 55 691 Centner Roggen- und 27 383 Centner Weizenmehl, zusammen auf 83 074 Centner. An Broten wurden 1 789 374 gebacken, also täglich, das Jahr zu 305 Arbeitstagen gerechnet, 5866 Stück. Beschäftigt werden in der Bäckerei 86 Gesellen; 44 Gebäckaussträgerinnen stellen den Mitgliedern das Frühgebäck zu. Der Verkaufserlös der Backartikel belief sich auf 1 343 909,92 Mark. Der Reingewinn betrug nach Abzug der Gebäckherstellungskosten von 159 731,16 Mark und der Gebäckaussträgerkosten von 32 953,18 Mark, 237 910,52 Mark.

In der neuen Bäckerei ist der Betrieb so geregelt, daß in drei Wechsellagern von je acht Arbeitsstunden gearbeitet wird. Seit Anfang Dezember werden in der Bäckerei folgende Wochenlöhne gezahlt: 2 Obergesellen je 31 Mark, 2 Obergehilfen je 27 Mark, 1 Bodenmeister 25,50 Mark,

59 Gesellen je 23,50 Mark, 22 Gesellen je 22,50 Mark wozu noch Gratigebäck im Betrage von ca. 75 Bienen kommt. Die vorstehend kurz erwähnten Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Konsumbäcker sind noch lange nicht das Beste der Gattung; trotzdem glaubten wir dies in Betracht der tieftraurigen Verhältnisse in anderen Bäckereien wo die Gesellen bei ausgedehntester Arbeitszeit mit ein paar Mark neben Kost und Logis abgespeist werden, hervorheben zu müssen. Wünschen wir, daß bei der gegenwärtigen Bewegung unter den Bäckereiarbeitern Magdeburgs die Verhältnisse der Kollegen im Konsumverein vorbildlich wirken und auch diesen ausgebeuteten Proletariern eine Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage bringen.

Das Personal des Konsumvereins besteht außer den bereits aufgeführten Bäckereiarbeitern und Gebäckaussträgerinnen aus 7 Bureaubeamten, 1 Lagerinspektor, 20 Lagerhalter und 52 Arbeitern, Heizern und Kutschern. Den erklärlichen weise ausgedehnten Wagenverkehr vermittelten 15 Pferd- und 30 eigene Gespanne. Der Umsatz in den einzelnen Lägern war ein sehr großer und betrug bei dreien über 300 000 Mark; das Lager 14, Blaueisenstraße, erzielte den höchsten Umsatz von 370 000 Mark.

Die dem Verein angegliederte Bibliothek, die den Mitgliedern unentgeltlich zur Verfügung steht, enthält 716 Bände und bietet eine gute Unterhaltungslektüre, naturwissenschaftliche und historische Werke, Jugendchriften usw. Außerdem stehen den Mitgliedern verschiedene Nachschlagewerke, wie Konversations-, Handels- und geographische Lexika, sowie eine reichhaltige Sammlung von Reichs-, Landes- und Polizeigesetzen zur Verfügung. Die Bibliothek wurde von 10 611 Zählern, welche 50 112 Bände entnahmen, frequentiert.

Soweit der Bericht, mit dem sich die Verwaltung über ihre Tätigkeit im abgelaufenen Geschäftsjahre das beste Zeugnis ausstellt.

Natürlich sind derartige gutgeleitete Konsumvereine den „Mittelstandsvertretern“ ein Dorn im Auge und sie versuchen alles Mögliche, um den Konsumgenossenschaften in ihrem Vorwärtstreiben Hindernisse zu bereiten. Was waren es lokale Machinationen von Gegnern, die darauf hinauszogen, dem Verein durch Verleumdung und Verdächtigung die Mitglieder abwendig zu machen, bald waren es drohende Geschehnisse, die eine energische Abwehr erforderten, und so zieht sich denn fast durch alle Geschäftsberichte wie ein roter Faden ein energischer Protest gegen alle jene im Laufe der Jahre in die Erscheinung getretenen Maßnahmen, die geplant waren, dem Konsumverein den Lebensnerv zu unterbinden.

Auch der vorliegende Bericht enthält eine energische Abwehr gegen die geplante Warenerhöhung, die, wenn sie Geseh werden sollte, dem Konsumverein Neustadt bei einem Umsatze von ca. 5 Millionen Mark eine Extrasteuer von ca. 100 000 Mark auferlegen würde. Und dieser Betrag würde den armen und ärmsten Leuten, aus welchen die Mitglieder des Konsumvereins sich zum großen Teil zusammensetzen, entzogen. Doppelt und dreifach erscheint diese Steuer als eine ungerechte, weil sie erstens auf die schon reichlich mit indirekten Steuern belasteten notwendigen Lebensmittel gelegt wird und zweitens der Konsumverein, wie aus dem Berichte zu ersehen, an direkten Steuern im abgelaufenen Jahre schon über 48 000 Mark zahlte, ein Beweis, daß Staat und Stadt durch den Konsumverein nicht zu kurz gekommen sind.

Doch wie bisher alle Maßnahmen, die getroffen wurden, um den Konsumvereinen die Existenz zu erschweren, in das Gegenteil umgeschlagen sind, die Konsumvereine im Gegenteil an Ausdehnung gewonnen haben, so steht zu hoffen, daß auch diese Steuer, die eine schreiende Ungerechtigkeit gegen die ärmere Bevölkerung darstellt, die Absicht der Gegner zu schanden macht, die Mitglieder nur um so fester an ihren Verein fettet, der ihnen in ihrem schweren Kampfe ums Dasein einige Erleichterungen gewährt.

### Die Hinterseer.

Von Peter Schlemihl.

In den Straßengassen der Residenzstadt Z. waren große Plakate angebracht, welche verkündeten, daß die „Hinterseer“ ihre Vorstellungen im Hoftheater mit dem oberbayerischen Gebirgsstück „Der Schnackeltoni“ am Heutigen beginnen würden. Man war auf die schaupielerischen Leistungen dieser Kinder der bayerischen Alpen um so mehr gespannt, als die Tagesblätter seit Wochen rühmende Berichte über die unwürdige, naive Kunst dieser einfachen Bauern gebracht hatten. Der berühmte Kritiker der Stadt, Herr Moritz Bärenthal, hatte noch gestern in seinem Theaterbrief Nr. 288 geschrieben: „Es sind Bauern. Nur Bauern. Einfache, mit Lederhose bekleidete Bauern. Aber, was sie uns bieten, ist echte Kunst. Keine unverfälschte Kost. Man verstehe mich. Ich sage nicht, es ist die Kunst. Ich sage nicht, daß sie allen meinen Vorschriften in Brief 68 und 132 (siehe diese) entspricht. Aber es ist doch Kunst. Die Stücke sind gut. Man gehe hinein. M. B.“ Ein anderes Blatt hatte ein Feuilleton über die Hinterseer gebracht. Die bekannt geistreiche Verfasserin desselben schrieb: „Aus diesen Volkstücken weht es uns entgegen wie Waldesluft und Bergesobem. Wir hören das Rurren der Bäche und das Klauschen der Föhne, und über allem schwebt leiser verklingend ein melodischer Jubel aus der Kette eines drallen Bauernmädchens, während im Hintergrunde der „Bua“ jauchzend und hüpfend einen Schußplattler tanzt.“ Kein Wunder also, daß die erste Aufführung der Hinterseer das ganze gebildete Publikum der Stadt im Hoftheater verjammelte. Auch Serenissimus hatte sich mit Allerhöchster Gemahlin Herr vor Beginn der Vorstellung sich heiter angeregt von dero hochmahllich über das Wäutchen hatzeln lassen. Die höchste Frau war nämlich vollständig vertraut mit den Sitten und Gebräuchen des Gebirgsvolkes, da Höchste einmal bereits durchgereist waren. Ihre Durchlaucht schilderten den bekannten Stolz des reichen Bauern, welcher seine Tochter nur wiederum an Bemittelte verheiratet, was insofern nicht ganz den Intentionen der höchsten Landmädchen entspricht, als diese gewöhnlich ihre treuergebe Jünglinge einem Bediensteten des Vaters schenken. Durchlaucht erwähnten dann noch den rührenden Kampf zwischen Pflicht und Liebe seitens der Tochter, berührten auch die Enttugung des armen Knechtes, den Konflikt desselben mit dem

starkföhrigen Alten und bemerkten, daß alle diese Gesichte am Schluß des Stückes durch Patzchen auf die entsetzten Kniee rhythmisch zum Ausdruck gelangen.

Serenissimus hörten sichtlich interessiert zu und waren sich beinahe im Klaren als das Stück begann.

Es war eine echte, taufrische Dichtung.

Die Tochter des reichen Freihofsbauern liebte den Föhrer Toni, welcher der beste Schütze und Kegelschieber umund war. Der Alte hatte beschlossen, seine Axta an den budeligen Sohn des feinstreichen Holzhändlers Schmid zu verheiraten. Alles war besprochen und verabredet zwischen den Eltern. Da kommt plötzlich die Entdeckung, daß der arme Schnackeltoni diese Pläne hören will. Bei einem Preisgefegeln ist der Freihofsbauer über die Kunst des Stammes Vurschen so entzückt, daß er ihm freistellt, einen Wunsch zu äußern, gleichviel welcher; er wolle ihn gewähren. Und als Toni das nicht glaubt, schwört er bei seiner Ehre und dem Grabe seiner Eltern, da wünscht der Uebermüthige die Hand der Axta Wegleitner zum ehelichen Bündel! Der nächstfolgende Akt schildert während der Seelensturm des Alten, welcher vor der schweren Wahl steht, ob er dem Holzhändler Schmid oder dem Föhrer Toni das gegebene Wort brechen soll. Er entscheidet sich schweren Herzens zu letzterem und greift mit rauher Hand in das Lebensglück seiner Tochter, welche nach einem schrecklichen Kampfe zwischen Eltern- und Vurschenliebe den Helden des Stückes in die Fremde scheidet. Toni zieht in den Krieg, rettet bei Sedan einen Oberst und zwei Generale, erhält das eiserne Kreuz, wird verwundet und sieht im Lazarett seine Axta wieder, welche Krankenpflegerin gelehrt wird immer noch starkföhrig den Föhrer nach dem Verfall der Bürgermeisterei ein Handbroschen des Königs, welcher die Ehe der lieblichen Axta mit dem tapferen Ritter des eisernen Kreuzes beschließt.

Wortlos starrt der Alte auf den Brief.

Mit zitternder Stimme sagte er: „Was? Vom Knie? Von unserm Knie? An Brief von unserm Knie? No, Toni, da hast halt net daegen sei Venteln, spiel's oan auf!“

Und nun beginnt auf der Bühne, welche sich rasch mit Vurschen und Wädeln füllt, ein lustiges Tanzen, Stampfen und Patzchen. Serenissimus waren sichtlich ergriffen und befasien die Darsteller der Hauptrollen zu sich. Der Intendant v. Prigelwitz geleitete die Naturföhrer in die Loge. Sie hoben sich schwerfällig in den vornehmen Raum, und ihr Wortführer, der „Fischerhimmel“, begrüßte die hohen Herrschaften mit der naiven Schlichtheit seines Volkes.

Seid's alleweil g'und beiand?  
„Aeh, was? was sagst der der Kärl?“  
„Er fragt Eure Liebden nach dero Wohlergehen,“ flüster die Herzogin.  
„So, so, hm! Aeh, äh... sagen Sie mal, mein Lieber, woher sind Sie eigentlich?“  
„Wo Hintersee auha, z' allerhöchst im Gamsgebürg.“  
„Wie? Was sagt der Kärl?“  
„Er bemerkt, daß er aus dem Hochgebirge ist, Euer Liebden.“  
„So? Aeh... sagen Sie mal, patzchen bei Ihnen zu Hause die Leute alle so hart auf die Kniee?“  
„Du moanst an Schnackeltoni, Herr Fürst? Du hast Recht. Woast, des is unser Nationalanz; da leg ma Axta nei, was mir hamur, inder Herz und inder G'muath und die Stab zu unsern Herrscherhans.“  
„Schon gut, hm. äh, äh... schon gut. Ich verstehe den Kärl absolut nicht, der flottert ja! Sagen Sie mal, Prigelwitz, der Kärl war doch ein ganz gewöhnlicher Bauer? Was?“  
„Ja, Euer Liebden.“  
„Und jetzt ist er K'nigstler, he?“  
„Ja Euer Liebden. Ein ganz echter, deutscher Künstler.“  
„Märkwürdig, hm. äh... märkwürdig! Geben Sie den Kärls ein paar Medaillen für Kunst und Wissenschaft.“  
Mit einer gnädigen Handbewegung entließ der Fürst die kunstfreudigen Landbewohner.

### Weiteres.

Patzknädige Sander. Note: „Dürfte ich Frau Baronin um den Beitrag für das Korrekthaus bitten?“ Baronin: „Mein Gott, ich steure schon acht Jahre bei; haben denn diese Menschen sich noch immer nicht gebessert?“

Aus einem Roman. In demselben Augenblick, wo in Hamburg der feige Mörder Ostar's Lebenslicht ausblieb, blies der Sturm das Licht Nordelens, da sie sich eben zur Ruhe begeben wollte, aus. Aeh, hätte sich doch jenes wiederum ebenso leicht wie dieses, durch ein Streichholz entzünden lassen!

Fischgespräch. Dame: Haben Sie schon gesehen, Herr v. Schmettnitz, „Wenn wir Toten erwachen“? Herr: „Nein, muß ich gräßlicher Anblick sein!“

\*) Aus dem dieswöchentlichen Simplissimus.

## Gerichtliche Urteile.

Landgericht Magdeburg.

Der vorbestrafte Arbeiter Johann Schuffly zu Neustadt, geb. 1859, verurteilt am 24. Juli 1899 seiner Wirtschaftlerin gelegentlich eines Streites am Fort 8 einen Messerstich in den rechten Oberarm. Der Gerichtshof erkannte wegen gefährlicher Körperverletzung auf 6 Monate Gefängnis.

Der Arbeiter Rudolf Straßner zu Subenburg, geb. 1852, fertigte im Mai v. J. eine Strafanzeige wegen Betrugs an, die er unbefugt mit einem anderen Namen unterzeichnete und dann an das Amtsgericht sandte. Der Angeklagte erhielt wegen Urkundenfälschung eine Woche Gefängnis.

Der Maurer Albert Meyberg zu Burg, geb. 1873, geriet am 29. Oktober 1899, abends auf der Straße wegen eines Mädchens mit zwei anderen Personen in Wortwechsel und Schlägerei. Schließlich schlug er mit dem Messer um sich und brachte seinen Begleitern mehrere Stiche bei. Der Angeklagte wurde wegen gefährlicher Körperverletzung zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

**Auch ein Pädagoge.** Für das Merkbuch der Herren Noeren und Genossen schien eine Verhandlung berechnet zu sein, welche vor der 2. Strafkammer am Landgericht II zu Berlin stattfand. Wegen schwerer Stillschleppensverbrechen war der 26jährige Lehrer Walter Dittmann angeklagt. Derselbe war an der Gemeindefürsorge zu Spandau angestellt. Seine Straftaten liegen in der Zeit zwischen 1897—1899. Die seiner pädagogischen Erziehung anvertrauten reiferen Mädchen erschienen in der Schule zwar stets in adretter, jeden Noerenischen Tadel ausschließender Kleidung, der Lehrer wußte aber trotzdem das „Nackte“ herauszufinden. Allmählig wurde aber die Sache bekannt; der Lehrer wurde suspendiert und unter Anklage gestellt. In der Hauptverhandlung wurde ein sehr umfangreicher Beweis hochnotpeinlicher Art geführt, schließlich wurden außer vielen nicht anerkennend erwiesenen 23 Fälle als erwiesen angenommen. Der Staatsanwalt beantragte acht Jahre Zuchthaus, der Gerichtshof erkannte auf vier Jahre Zuchthaus.

## Die Elberfelder Militärbefreiungs-Affaire vor Gericht.

Am Donnerstag beginnt vor der ersten Strafkammer des Landgerichts Elberfeld der große Militärbefreiungsprozess. Derselbe richtet sich, wie wir der Frankfurter Zeitung entnehmen, gegen 31 Personen; ein Angeklagter, der Cigarrenagent Otto Struckberg aus Köln ist inzwischen in der Untersuchungshaft gestorben. Neben dieser Angeklagten schweben weitere, noch in vollem Gange befindliche Erhebungen der Untersuchungsbehörden, die fast täglich neues Material zu Tage fördern und schon wiederholte weitere Verhaftungen zur Folge gehabt haben. Es zeigt sich immer deutlicher, daß das „Freimachen“ vom Militärdienst in der hiesigen Gegend einen großen Umfang angenommen hat. In den meisten Fällen handelt es sich um die Söhne reicher Fabrikanten, denen es nicht gelungen war, sich das Berechtigungszeugnis zum einjährig-freiwilligen Dienst zu erwerben, und die sich vor der zweijährigen Dienstzeit als „Gemeine“ scheuten.

Die Seele der ganzen „Freimacherei“ war der Cigarrenagent Struckberg, der sich eine Reihe von Unteragenten zum Zugschleppen der „Klienten“ hielt. Struckberg hatte früher in Düsseldorf und Oberhausen Gastwirtschaften gehabt und war dann in Köln als Cigarren- und Weinreisender tätig. Er war den Behörden seit Langem als „Freimacher“ bekannt. Schon im Jahre 1887 schwebte gegen ihn eine Untersuchung wegen Militärbefreiung, diese konnte ihm jedoch nicht nachgewiesen werden und er wurde nur wegen Betrugs zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt. Nach Verbüßung seiner Strafe setzte er das Geschäft in vergrößertem Umfange fort. Da er sich für einzelne Fälle Summen von 2000, 3000 und sogar 5000 Mark zahlen ließ, so hatte er ganz enorme Einnahmen. Wie groß der Umfang seines „Geschäftes“ gewesen sein muß, erhellt daraus, daß er jährlich etwa 25—30 000 Mark für seinen Haushalt und seine persönlichen Ausgaben verbrachte haben soll. Er bewohnte in Köln eine luxuriös ausgestattete Villa, veranstaltete für seine Freunde und Bekannten glänzende Gesellschaften und Festschmähungen und gab seinen Töchtern bei ihrer Verheiratung großartige Ausstattungen. Er beschränkte seine Tätigkeit nicht darauf, den jungen stellungspflichtigen Leuten Arzneien zu verschaffen, die ihnen ein krankliches Aussehen bei der Ausmusterung gaben, sondern auch Soldaten, denen der Militärdienst nicht behagte, wandten sich an ihn, um durch künstlich hervorgerufene Krankheitserscheinungen ihre Entlassung als dienstuntauglich zu erreichen. Gerade einige dieser Fälle führten zur Aufdeckung des ganzen Treibens.

Ueber die von Struckberg angewendeten Geheimmittel herrscht noch keine völlige Klarheit. Man erwartet, daß die Hauptverhandlung hierüber näheres bringen wird. Struckberg stand mit dem Mitangeklagten Dr. Ziel in Köln, der sich als „Spezialarzt für Sichts- und rheumatische Leiden“ bezeichnet, im Verkehr; ebenso mit dem ebenfalls unter Anklage gestellten Drogisten Gnes aus Köln.

Die Anklage lautet auf Entziehung von der Wehrpflicht bzw. Wehrhilfe zur Befreiung von der Wehrpflicht.

## Das Gefängnis.

Ein Beitrag zur Reform des Gefängniswesens.

Von S. B., Magdeburg.

I.

Das Anwachsen der Zahl der rückfälligen Verbrecher trotz immer strengerer Bestrafung ist für mich wohl ein Beweis, daß trasse soziale Mißstände obwalten, aber auch ein Beweis dafür, daß das Gefängnis unfähig ist, die Deklassierten so wohlterzogen der Gesellschaft zurückzugeben, daß sie stark genug wären, sich verderblichen sozialen Einflüssen zu entziehen. Diese Unfähigkeit liegt an dem heutigen Organisations- und Verwaltungssystem der Gefängnisse. Dasselbe ist nicht nur nicht geeignet, die Deklassierten

gebessert der sozialen Gemeinschaft zurückzugeben, ist vielmehr dazu angethan, vorhandene Reste guter Eigenschaften im Sträfling ganz zu vernichten und eine Erstarkung der Verbrecher-Individualität herbeizuführen. Diese Thatsache soll, wenn ich im Speziellen auf die inneren Einrichtungen des Gefängnisses zu sprechen komme, weitere Beweise erhalten.

Da jede Ursache Wirkung einer andern Ursache ist, drängt sich die Frage auf: Warum haben die Gefängnisse ein unfähiges, antisozial wirkendes Organisations- und Verwaltungssystem? Wer dieses „Warum?“ beantworten will, muß sich die gesamte Dekonomie des Staates vor Augen führen und das Gefängnis nur als ein im Dienste dieser Dekonomie stehende Staatseinrichtung ansehen. Er wird dann finden, daß, wie so manche andere Staatseinrichtung, das Gefängnis nichts anderes ist, als ein im Dienste der modernen staatlichen Finanzwirtschaft stehendes Institut, dazu bestimmt, dem Staate einen möglichst hohen Gewinn in die Tasche zu spielen. Das findet man denn auch bei einer näheren Betrachtung des Wirtschaftsorganismus eines Gefängnisses; denn dessen Konstruktion ist nur auf die Erreichung dieses einen finanziellen Zieles zugeschnitten.

Das heutige Strafgefängnis ist nichts anderes als ein kapitalistisch betriebenes Unternehmen, vergleichbar mit jedem andern industriellen oder landwirtschaftlichen Unternehmen, dessen Zweck die Anhäufung von Mehrwert ist. Es ist eine Produktionswerkstatt, die wie jede andere Mehrwert anhäufen soll. Sie unterscheidet sich von den mit freien Arbeitskräften und Maschinen betriebenen Produktionswerkstätten nur durch ihren handwerksmäßigen Manufakturbetrieb mit unfreien Arbeitern.

Der Gefangene ist nichts als Arbeitskraft, dazu da, um „verwertet“ zu werden. Alle Gefangenen werden ohne Rücksicht auf den Grad ihrer moralischen Qualität oder Veranlagungen gleichmäßig in einer gleich langen Arbeitszeit „behandelt“. An Werktagen wird die Tageszeit nur mit produktiver Arbeit ausgefüllt, für andere, höhere Zwecke ist keine Zeit vorhanden.

Als Leiterin eines auf höherem Willen nach den Tendenzen des Kapitalismus betriebenen Unternehmens ist es der Gefängnisverwaltung denn auch nicht möglich, die Sträflinge so zu beschäftigen, daß dieselben Lust und Wohlgefallen an ihrer Arbeit empfinden würden, ebensowenig kann die Verwaltung für die sittlich und geistig am tiefsten stehenden Sträflinge eine Verfrüchtung der Arbeitszeit zwecks Ermöglichung einer Pädagogik festsetzen. Denn solche Anordnungen würden nicht nur die Ueberschüsse für die Staatskasse verringern, sondern sie oft verhängen oder gar den Militärschatz in die peinliche Lage versetzen, für die Kulturanlage eines Gefängnisses Mittel stiftig zu machen. Und daß das heutige Organisations- und Verwaltungssystem an allerwenigsten eine individuelle Behandlung der Gefangenen zuläßt, wird der einsehen, welcher weiß, daß eine solche im sozialen Interesse liegende Behandlung eine andere als kapitalistische Produktionsweise erfordert.

Wer also eine Reform in der Behandlung der Verbrecher erstrebt, hat sein Auge vor allem auf dieses Organisations- und Verwaltungssystem zu richten. Denn so lange dieses besteht, — so lange das Gefängnis eine mildernde Ruhestätte für Staat- und Privatunternehmen sein soll, so lange es dieserhalb wie ein Mehrwert heftendes kapitalistisches Unternehmen verwaltet wird, — so lange ist es unmöglich, die Forderungen der Anhänger der Reform der Verbrecherbehandlung zu erfüllen.

Da ich aber als einzige bezw. Hauptursache vieler Vergehen und Verbrechen die sozialen Mißstände ansehe, will ich gleich hier bemerken, daß es halbe Arbeit wäre, wollte der Staat nur allein das Gefängnis reformieren: so lange Not und Existenzsicherheit das Begehen von Verbrechen und Vergehen in dem Maße wie heute begünstigen, kann eine neue, im Sinne der kriminalanthropologischen Forschungen geübte Verbrecherbehandlung nicht den gewünschten Erfolg zeitigen. Darum also eine wirkliche Sozialreform auf allen Gebieten!

Nach der Weisheit vieler Leute, können nur Arbeit und Gehalt die Wunder der Pädagogik verrichten. „Wete und arbeite!“ ist denn auch das Lösungswort für die Gefängnisse geworden. Die Gefangenen haben an Werktagen nur zu arbeiten und an Sonn- und Feiertagen sich nur an Gebet und frommer Literatur zu erbauen. Die weisen Lenker der Deklassierten mögen mir aber gestatten, diese Erziehungsmethode als eine ganz verfehlte, ja als eine schädliche zu kennzeichnen. Dieserhalb behandle ich die Gefängnisarbeit noch einmal speziell, obwohl ich deren allgemeine Bedeutung für die Frage der Reform der Verbrecherbehandlung schon hervorgehoben habe.

Des besseren Verständnisses halber will ich, bevor ich auf die ethische Seite der Gefängnisarbeit eingehe, den Leser erst einmal mit der Arbeitsweise des Gefängnisses vertraut machen.

Die Gefängnisse werden von ungelerten Arbeitern ebenso stark wie von qualifizierten Kräften frequentiert. Es ist darum eine Notwendigkeit, daß die Gefängnisarbeit eine derartige ist, die beiden Kategorien von Gefangenen das Arbeiten ermöglicht. Ist Land-, Plantagen- oder Gartenarbeit, Arbeit in Steinbrüchen, bei Begehauten oder sonst welche Arbeit, die keine qualifizierte Arbeitskraft erfordert, zu verrichten, dann ist die Beschäftigung beider Kategorien von Gefangenen gleich leicht zu bewerkstelligen. Da diese Arbeit aber fast nur „Außenarbeit“ ist, werden für sie nur Gefangene mit geringer Strafe verwendet, denn Gefangene mit langjähriger Strafe sind bekanntlich „fluchtverdächtig“.

Es muß also für die in der Anstalt verbleibenden, stets die große Mehrheit ausmachenden Gefangenen eine Arbeit verschafft werden, die von gelerten wie von ungelerten Arbeitskräften gleich leicht verrichtet werden kann. Eine solche Arbeit findet sich leicht infolge der Billigkeit der

\*) Soweit der Staat in Frage kommt, irt der Herr Einsender. Die Gefängnisse erfordern in jedem Jahre einen sehr erheblichen Zuschuß seitens des Staates, so daß hier von „mildernder Ruhestätte“ die Rede sein kann. D. Red.

Arbeitskräfte und anderer Vorteile (Ersparung des Aufsichtspersonals und des Fabrikgebäudes) finden sich stets Privatunternehmer, welche die Kräfte zwecks gewerblicher Ausbeutung kaufen und in den staatlichen Anstaltsräumen einen Fabrikbetrieb organisieren.

Der Industriezweig ist stets ein solcher, der eine bis ins kleinste gehende Arbeitsteilung ermöglicht, sobald also die Gefangenen je nach der Geschicklichkeit Verwendung finden oder schnell die wenigen Handgriffe, welche ein Zweig der Teilarbeit erfordert, sich aneignen können. Der Produktionsprozess ist also derjenige der handwerksmäßigen Manufaktur. Ein maschineller Betrieb wäre nicht nur zum Schaden der Gefängnisverwaltung, sondern auch zum Schaden des Privatunternehmers. Denn einmal könnte die Gefängnisverwaltung dem Unternehmer weniger Arbeitskräfte verkaufen und andererseits müßte der Unternehmer Maschinen erwerben, deren Herstellungs- bzw. Anschaffungskosten höher wären als der Preis der von ihr während ihrer Dauer ersetzten Arbeitskräfte.

Der Privatunternehmer organisiert also die Produktion so, daß die gesamten Arbeitskräfte eine lebendige Maschine bilden. Der eine Zweig der Teilarbeit spielt dem anderen das Rohmaterial zur weiteren Verarbeitung zu, bis es so viele Hände passiert hat, daß es aus der Hand des im letzten Zweige der Teilarbeit thätigen Gefangenen als fertiges Produkt herausgeht.

Dem Unternehmer erwächst im Produktionsprozess nur die Aufgabe, zur Genüge für Produktionsmittel und Rohstoffe zu sorgen. Dagegen muß die Gefängnisverwaltung die Produktivität der Gefangenen kontrollieren, damit durch ein Zurückbleiben der Produktion des einen Arbeitszweiges nicht der gesamte Produktionsprozess ins Stocken gerät. Diese Kontrolle ginge eigentlich der Gefängnisverwaltung nichts an. Sie läßt dieselbe aber einmal, um dem lasterhaften Mißgange der Gefangenen zu begegnen (die Zwangsarbeit soll doch „erzieherisch“ sein!) und andererseits aus finanziellen Interesse, da der Unternehmer die Arbeitskräfte nach dem Accordsystem bezahlt. So erstreckt sich also die Kontrolle nur darauf, ob der Gefangene pro Tag das ihm vorgeschriebene Pensum Arbeit verrichtet oder nicht. Thut er es nicht, dann hat die Verwaltung ihn zur Arbeit anzu-spornen, eventuell unter Anwendung von Disziplinarstrafen (Kostentragung oder Arrest usw.).

Vergleicht man die Außenarbeiter mit den Innearbeitern, so springt einem sogleich die Verschiedenheit der physischen und psychischen Einwirkungen der Arbeit beider Kategorien von Gefangenen in die Augen. Die Außenarbeiter bewahren sich ein frisches, gesundes Gesicht, ihre Bewegungen sind lebhafter, ihr Gemüt ist heiter, und trotz der Gefangenschaft lacht ihnen Fröhlichkeit aus den Augen. Dagegen sieht man die Innearbeiter mit faulem, bleichem Gesicht, finsterner, mürrischer Miene, schleppenden, trägen Schritten einhergehen; die Fröhlichkeit ist von ihnen gewichen, der Pessimismus an deren Stelle getreten. Die Innearbeiter fühlen sich wohlher, da sie in der freien Natur, in freier Luft, unter einer größeren Bewegungsfreiheit sich ausarbeiten können und nicht wie die Innearbeiter gezwungen sind, in engen Räumen und dumpfer Luft, unter strenger Kontrolle und bei jedweden Mangel an Bewegungsfreiheit schweigend eine ewig sich gleichbleibende eintönige und einseitige Arbeit zu verrichten. Es gehört wahrlich kein geübtes Auge dazu, diesen Gegensatz aufzufinden.

Wenden wir uns nun insbesondere den Innearbeitern zu. Der Innearbeiter ist also als Teilarbeiter der Manufaktur nur ein unselbständiger Teil des großen Arbeitsmechanismus, gewissermaßen ein Glied des Gesamtarbeiters. Die Verrichtungen seiner Arbeit sind nicht mannigfaltig, sondern einfach und eintönig. Tag ein tag aus, auch jahraus jahraus muß er die gleichen Handgriffe üben, da er für lange Zeit an seine Teilarbeit gefesselt wird, damit seine Arbeit so produktiv als möglich werde. Nur ein und dieselben Muskeln und Nerven werden im Arbeitsprozess betätigt. Ein Wechsel in der Thätigkeit, der ihm eine Erholung und neuen Reiz verleihen würde, tritt nicht oder nur selten und in langen Zeitabständen ein. Es mangelt also im Arbeitsprozess völlig an Erfrischung und Belebung des Gefangenen durch eine in harmonischer Anordnung bewirkte abwechselnde Bethätigung verschiedener Nerven und Muskeln.

Daß diese Arbeitsweise den Körper und Geist des Gefangenen schädigt, steht für mich außer Frage. Diese Arbeit verbraucht den Körper nur einseitig, beschäftigt den Geist nicht, sie zieht ihn nicht an, sie wirkt nur abstoßend und abtumpfend. Diese schädigenden Wirkungen sind um so intensiver und dauerhafter, da dem Gefangenen auch nach der Arbeitsverrichtung außer Schlaf nichts, gar nichts zur Erfrischung von Körper und Geist geboten wird. Sein Leben als Anstaltsarbeiter ist ein erschreckend inhaltloses, es vergeht in geistiger Dede und Stumpfheit.

Obwohl das Angeführte hinreichend beweist, daß die Gefängnisarbeit in ihrer heutigen Gestaltung absolut unfähig ist, dem Gefangenen Lust und Freude zur Arbeit und Selbstvertrauen zu seiner Schaffenskraft einzufößen, will ich doch noch auf ein wesentliches Moment eingehen, das zur Erhöhung dieser pädagogischen Unfähigkeit beiträgt. Der Zwangsarbeit des Gefängnisses gehen nämlich auch alle Eigenschaften ab, welche das materielle Interesse des Arbeiters für die Arbeit erwecken könnten. Denn das Äquivalent, das der Gefangene für seine verausgabte Arbeitskraft erhält, ist ein so minderwertiges und elend gestaltetes, daß es nicht im mindesten fähig ist, dem Gefangenen Arbeitslust einzufößen oder ihn zur Arbeits-

\*) Der Preis der Arbeitskraft ist bei Außenarbeit ein fester, etwa 1,00—1,50 Mark pro Tag, bei Innearbeit aber ein je nach der Höhe der Produktivität der Arbeitskraft bemessener, da die Arbeit Accordarbeit ist; er beträgt etwa 0,80—1,00 Mark pro Tag. Der Preis ist ein so niedriger, da die Herstellungskosten der Arbeitskraft eines Gefangenen sehr niedrige sind. Immerhin aber erzielt der Unternehmer einen schönen Mehrwert. Denn der Preis der Arbeitskraft wird, selbst wenn er 1,00 Mark beträgt, bereits in 5—6 Stunden dem Unternehmer zurückerhalten, sobald der Unternehmer pro Arbeitskraft 4 bis 5 Stunden Mehrarbeit oder 80—100 Prozent Mehrwert hat.

